



## Beneš, Retter der Sudetendeutschen

(Seite 2)

## Was Verheugen in Straßburg wirklich sagte

(Seite 3)

## Tribüne der Meinungen

(Seite 12)

# Vorbereitungen für Klagen auf Eigentumsrückgabe laufen auf Hochtouren

Abseits der immer hitzigeren politischen Debatte auf europäischer Ebene über eine Aufhebung der Beneš-Dekrete tut sich auch auf einem Nebenschauplatz, der vielleicht bald zum Hauptschauplatz der Auseinandersetzung werden könnte, einiges: Die Vorbereitungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SLÖ) für die Bildung einer Streitgenossenschaft zur Einbringung von Restitutionsklagen in der Tschechischen Republik laufen auf Hochtouren. Das von der SLÖ eingesetzte Juristenkomitee unter Federführung des Wiener Rechtsanwaltes und SLÖ-Vorstandsmitgliedes Karl Katary befaßt sich mit den rechtlichen Aspekten dieser Klagen, die, so SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihl, flächendeckend an mehreren Gerichts-

standorten in der Tschechischen Republik eingebracht werden sollen. Einer der beteiligten Juristen, der bereits über langjährige Erfahrung mit Restitutionsklagen in Tschechien verfügt, der Wiener Anwalt Johannes Eltz, beschreibt im ausführlichen „Sudetendeutsche Post“-Interview die möglichen Ansatzpunkte solcher Klagen. Im Prinzip geht es darum, daß die Enteignung der Vertriebenen vielfach ohne rechtsgültigen Bescheid erfolgt ist und daher – unabhängig von der Frage, ob die Beneš-Dekrete irgendwann einmal aufgehoben werden oder nicht – unwirksam ist. Da tschechische Gerichte Restitutionsklagen heute mit Verweis auf die Beneš-Dekrete abweisen, bedeute dies, so Anwalt Eltz, eine „ethnische Nachsäuberung“. Rechtlich gesehen

findet nämlich die vor mehr als fünfzig Jahren vollzogene Konfiskation erst heute mit der Herausgabe dieser ablehnenden Bescheide statt. Die Behauptung mancher Politiker, die Beneš-Dekrete würden heute nicht mehr angewendet, weist Eltz aus eigener Erfahrung zurück: „Sie werden in allen Verfahren angewendet!“ Eltz betont gleichzeitig, daß die von tschechischen Politikern geschürten Ängste der tschechischen Bevölkerung unbegründet seien: Die Forderungen richteten sich gegen den Staat, der nach wie vor über den größten Teil des enteigneten Grund und Bodens verfügt. Eltz: „Keinem Tschechen wird sein Haus weggenommen.“

Das ganze Interview sowie weitere Informationen dazu lesen Sie auf Seite 5.

## Das Bild der Heimat



Altwatergebirge, Roter Berg.

Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Frau Hildegard Kratochwill aus Linz

## Amokläufer

VON MANFRED MAURER

AMOKLAUF IST ein rational kaum erklärbares Phänomen. Es entsteht nicht aus nüchterner Abwägung und Überlegung, sondern aus dem Gegenteil davon: Beim Täter setzen alle Selbstkontrollmechanismen aus, seine Hemmschwellen fallen und er agiert nur noch triebgesteuert – wird zur mordenden Bestie. Meist geht diesem fatalen Betriebsunfall der menschlichen Psyche eine extreme Notsituation voran, der sich der Betroffene nicht gewachsen fühlt: Er sieht sich durch unbewältigte und ungelöste Konflikte mit seiner Umgebung ausweglos in die Enge getrieben – und rastet aus.

EIN ÄHNLICHES PHÄNOMEN ist derzeit in der Tschechischen Republik zu beobachten. Eine ganze Reihe von Politikern – aus Regierung und Opposition – übt sich im kollektiven Amoklauf. Ihr Rufmordwerkzeug ist das rhetorische Schnellfeuergewehr. Es wird gefeuert, was das Zeug hält, ohne auch nur einen Gedanken an die Folgen zu verschwenden – typisch für den Amokläufer.

WELCHE VERNÜNFTIGE ÜBERLEGUNG könnte auch hinter dem Vorschlag des stellvertretenden ODS-Chefs Zahradil stehen, Beneš posthum die höchste Auszeichnung des Landes, den Masaryk-Orden, zu verleihen? Zahradil selbst hat zwar eine Erklärung für sein Tun abgegeben, derzufolge Beneš geehrt werden müsse, weil er permanent Attacken aus dem Ausland ausgesetzt sei. Aber wenn dieser Herr bei Sinnen wäre, könnte ihm Derartiges nicht über die Lippen kommen: Immerhin haben sich führende Repräsentanten des tschechischen Staates zumindest zu einer teilweisen Distanzierung von den Beneš-Verbrechen durchgerungen, gelegentlich bedauern sie zumindest die sogenannte wilde Vertreibung und bezeichnen diese als Unrecht. Für so etwas verantwortliche Leute werden normalerweise nicht mit Orden ausgezeichnet. Wollte man sich die obskure Logik des Herrn Zahradil (Beneš auszeichnen, weil vom Ausland attackiert) zu eigen machen, dann müßte man schleunigst über die Erfindung eines neuen Extra-Sonderordens nachdenken, der dann posthum Adolf Hitler zu verleihen wäre, weil die Welt an diesem Verbrecher auch kein gutes Haar läßt.

DOCH, WIE GESAGT, Amokläufer denken nicht. Sie feuern völlig ungebremsst von rationalen Erwägungen ihre Wortsalven ab: Sudetendeutsche waren Hitlers fünfte Kolonne, bumm. Palästinenser wie die Sudetendeutschen vertreiben, bumm. Vertreibung war eine milde Strafe, bumm.

DIE ERKLÄRUNG für dieses Verhalten ist – siehe oben: Die tschechische Politik sieht sich in der Enge getrieben. Der unbewältigte, über Jahrzehnte durchaus erfolgreich verdrängte Konflikt ist wieder an die Oberfläche getreten, weil die europäischen Familie beim Unter-den-Teppich-Kehren nicht mehr mitspielt, sondern Tschechien offen mit diesem Problem konfrontiert und möglicherweise unbequeme Lösungen einfordert. Es zeichnet sich ziemlich deutlich ab, daß Tschechien nicht so mir-nichts-dir-nichts Mitglied der EU werden kann, sondern sich einem Sucht- und Schuld(en)problem stellen muß: Die Sucht nach Verdrängung und die gigantische(n) Schuld(en) als Folge von Enteignung und Genozid.

TSCHECHIEN BEFINDET SICH in einer zugegeben schmerzlichen Situation, die eine gewaltige Belastung für das nationale Seelenfinden darstellt. Doch es böte sich Hilfe bei der Bewältigung dieser Notsituation an. Die Lösung des Problems beginnt, indem man offen darüber spricht. Und alle Hände der Welt sind in Richtung Prag ausgestreckt – sogar die der so verdamnten Sudetendeutschen.

VIELLEICHT, so wäre es nur zu hoffen, denken die Zahradils und Zemans in einem kurzen Augenblick der Besinnung einmal darüber nach: Typisch für den Amoklauf ist auch, daß er nicht selten selbstmörderisch endet.



# In Tschechien verliert man die Nerven!

In der vergangenen Parlamentsdebatte bekam der Zuschauer einen Einblick in die seelischen Verwerfungen tschechischer Politik. Ministerpräsident Zeman und Oppositionsführer Klaus brachten gemeinsam den Vorschlag ein, den ehemaligen tschechischen Staats- und Vertriebspräsidenten Edvard Beneš posthum mit dem höchsten tschechischen Orden, dem Masaryk-Orden, für seine Verdienste um die Tschechische Republik auszuzeichnen. Als Begründung diente der Hinweis, daß Dr. Edvard Beneš von Anfang seines Lebens für die Selbstständigkeit der tschechischen und slowakischen Nation gekämpft und den Widerstand des tschechoslowakischen Volkes aus dem Londoner Exil organisiert hatte. Ihm ist es zuzuschreiben, daß die historischen Länder Böhmen und Mähren von germanischen Verbrecherelementen befreit und der tschechoslowakische Staat seine Gebiete wieder zurückgewonnen hat, die damals völlig ausgeplündert und zerstört waren. „Dafür schulden wir Edvard Beneš unsere Dankbarkeit und Bewunderung“, soweit das Zitat der beiden Politiker aus der Parlamentsdebatte vom 15. März.

Die Journalisten haben anschließend nachgefragt, ob diese Initiative nicht noch mehr die angespannten Beziehungen der Tschechischen Republik zu Österreich, Ungarn und vor allem Deutschland erschüttern würde. Die beiden Politiker erklärten daraufhin wörtlich: „Die Herren Haider, Orban und Stoiber, jedoch nicht nur sie, sollen begreifen, daß wir uns von ihnen nichts diktieren lassen. Die Beneš-Dekrete waren und sind ein fester Bestandteil der Verfassung und sie werden es bleiben. Diese Herren sollen endlich begreifen, daß wir uns von niemandem politisch oder wirtschaftlich erpressen lassen und sollen vor ihrer eigenen Tür kehren.“

Die hohe Auszeichnung des ehemaligen Staatspräsidenten Edvard Beneš soll als demonstrative Bestätigung der aus der Nachkriegszeit stammenden Gesetze und als eine Ehrung des Retters des Vaterlandes angesehen werden. Möglicherweise ist auch eine Namensumwidmung des Ordens vorgesehen, der dann Beneš-Orden heißen könnte.

Man sieht daraus deutlich, daß sich tschechische Politiker voll auf den Weg einer Konfrontation begeben haben und trotz aller Bemühungen der demokratischen Kräfte in Westeuropa nicht imstande sind, der eigenen verbrecherischen Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, geschweige sie aufzuarbeiten. Diese Unfähigkeit, grenzenlose Arroganz und Anmaßung schadet dem tschechischen Volk am meisten. Die tschechischen Politiker agieren nicht nur außerhalb der europäischen Staaten sowie Rechts- und Wertgemeinschaft, sie nähren auch Zweifel über die Rechtmäßigkeit tschechischer Staatlichkeit. Damit ist eine neue Ebene in der europäisch-tschechischen Diskussion entstanden. Es geht nicht mehr um das Gefahrenpotential Atomkraftwerk Temelin oder Beneš-Dekrete oder um den Ausbau der Elbe auf tschechischer Seite, wodurch erhebliche ökologische Schäden für die deutschen Anrainerlän-

der zu erwarten sind, sondern um die Frage, inwieweit dieser Staat eine Gefahr für die mittel- und westeuropäischen Staaten und deren Wertgemeinschaft darstellt.

Hier wird man nicht umhin können, tschechoslowakische Altlasten aufzugreifen und diese der Öffentlichkeit vorzustellen: Tschechische Wühlarbeit und Zerschlagung der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Wühlarbeit in den USA und Erzeugung einer Kriegsstimmung gegen die Mittelmächte. Verhinderung eines vorzeitigen Friedens zwischen den Mittelmächten und den damaligen Alliierten – Geheimverhandlungen liefen bereits seit 1915, um den Krieg zu beenden. Die Verbrechen der tschechischen Legionäre in Rußland während des Bürgerkrieges und deren Verrat an der weißen Bürgerkriegspartei in Sibirien. Man sieht, die Themen sind zahlreich und für die Tschechen keineswegs schmeichelhaft. Die tschechischen Politiker haben nun den Dschinn (böser Geist – den Präsident Havel bändigen wollte) aus der Flasche gelassen und werden ihn nicht mehr einfangen können. Sie haben überzogen – es ist nur eine Frage der Zeit, daß ihr Staat zur Disposition steht.

Schon wendet sich die Slowakei verschämt ab und distanziert sich davon: Das slowakische Staatsfernsehen brachte am 17. März in der Abendsendung „Politik heute“ eine Ansprache des EU-Politikers Solana, der am Rande der EU-Konferenz in Barcelona – im Beisein des tschechischen Außenministers Jan Kavan – in einem Interview für das 1. Programm des slowakischen Fernsehens sagte, daß alle Kandidatenstaaten noch vor Beitritt ihre Gesetze, Verordnungen und Verfassungen der europäischen Rechts- und Werteordnung anpassen müßten. Ganz konkret wurden die Nachkriegsgesetze angesprochen. Es wurde auch zu den Beziehungen Minderheiten und Staat Stellung genommen. Solana begrüßte die Initiative des ungarischen Ministerpräsidenten Orban: Diese Initiative ging ja noch viel weiter, als wir in unserer Presse erfahren konnten. Danach sollen Personen ungarischer Abstammung, die außerhalb Ungarns wohnen und leben, auf Antrag einen sogenannten Paß für Auslandsungarn erhalten, der sie berechtigt, in Ungarn als Bürger der Republik Ungarn anerkannt zu werden. Im Falle der Not können sie Rechtsschutz des ungarischen Staates verlangen. Dies war natürlich eine kalte Dusche für den slowakischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda. Seine Reaktion: Die slowakische Regierung überlegt, doch gewisse Passagen aus den sogenannten „Beneš-Dekreten“ noch vor dem NATO-Gipfel in Prag aus der Rechtsordnung der Slowakischen Republik zu streichen, weil sich dadurch Probleme und Hindernisse auf dem Weg nach Europa ergeben. Die Slowakei ist ein souveräner Staat und könne je nach Bedarf und politischer Reife seine Gesetze ändern. Eine interessante Aussage in Anspielung auf die Tschechische Republik und deren verkrampfte Haltung zu den Beneš-Dekreten.

In diesem Zusammenhang gewinnt eine

sonst unbedeutende Zeitungsmeldung Interesse, nach der im tschechisch-deutschen Grenzgebiet (sprich Sudetenland) Aufkleber mit der tschechischen Aufschrift „Das Sudetenland war und wird wieder Deutsch“ aufgetaucht sind. Die westböhmisches Polizei ermittelt wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Ob provoziert oder von „deutschen Unruheherden“ veranlaßt, bleibt dahingestellt. Wenn schon so unbedeutende Ereignisse das tschechische Raubsys-

tem erschüttern, welches Erdbeben werden wir erleben, wenn sich die Sudetendeutschen von ihren Kaffeekränzchen verabschieden und der Wiedergewinnung ihrer Heimat zuwenden? Man sollte sie nicht unterschätzen und ihre Geduld nicht überstrapazieren.

Die Weichen sind richtig gestellt. Packen wir's an. Gott ist mit den Standhaften!

Dr. Hans Mirtes  
Vors. d. Heimatkreises Mies-Pilsen e. V.

## Zeman: Hilferuf an Siegermächte

Beneš, der Retter der Sudetendeutschen!

Man glaubte gerade, der Tiefpunkt sei erreicht mit dem Vorschlag, Beneš posthum den Masaryk-Orden zu verleihen, da bewies der sozialdemokratische Prager Senator Miroslav Coufal, daß es noch tiefer geht: Beneš solle Coufal zufolge nämlich ausgezeichnet werden, weil er vielen Sudetendeutschen das Leben gerettet hat!

Groß war die Empörung der Vertriebenen schon, als Mitte März der stellvertretende Chef der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil, die Verleihung des Masaryk-Ordens an Beneš anläßlich des Staatsfeiertages am 28. Oktober vorgeschlagen hatte. Damit sollte Beneš posthum geehrt werden, weil dieser und seine Taten im Ausland neuerdings immer öfter einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Im Jargon Zahradil sind das freilich nur „nicht wählerische Attacken“, die auf eine „Infragestellung der selbständigen tschechoslowakischen bzw. tschechischen Staatlichkeit“ hinausliefen.

Senator Coufal hält eine Ehrung Beneš' nicht nur als Schutzmaßnahme für einen Säulenheiligen der Genozid-Leugner für angebracht. Nach dem Geschichtsverständnis dieses Sozialdemokraten wäre der Vertriebungs-Schreibtischtäter eigentlich schon reif für einen sudetendeutschen Verdienstorden. Weil die Landsmannschaft dafür bei aller Versöhnungsbereitschaft wohl noch nicht reif ist, schlägt auch Coufal Beneš nur für die Verleihung eines tschechischen Ordens vor. Er will damit die Verdienste gewürdigt wissen, die sich selbiger um die Sudetendeutschen erworben hat. Sollten es die Vertriebenen noch nicht erkannt haben, dann seien sie nun von Coufal daran erinnert und zu tiefster Dankbarkeit gemahnt: Ihm, eben diesem Edvard Beneš, haben sie ihr Leben zu verdanken! Denn so hat Coufal seinen Beneš-Orden-Vorschlag wörtlich begründet: „Ich glaube, daß sich Beneš mit den Großmächten bei der Deportation der deutschen Minderheit aus der Territorium der Nachkriegs-Tschechoslowakei kooperierend Verdienste erworben hat bei der Rettung

von Menschenleben und bei der Verringerung der Leiden ethnischer tschechoslowakischer Deutscher.“

SLÖ-Obmann Gerhard Zeihsel hat es – wie in den vergangenen Monaten schon des öfteren – wieder einmal beinahe die Sprache verschlagen, als er von Coufals Vorschlag erfuhr. „Manchmal denke ich mir schon, man sollte diese Frechheiten besser ignorieren“, meinte Zeihsel überhaupt nicht dankbar dafür, daß er nur dank Beneš noch am Leben ist. „Im Wahlkampf will einer den anderen übertrumpfen“, vermutet Zeihsel. Solche Aussagen erschwerten eine Versöhnung, „weil sie die entgegenkommenden Sudetendeutschen zu einer Haltung bringt, die einen Ausgleich viel schwieriger macht“.

Dabei könnte alles so schön sein mit der Versöhnung und mit dem Ausgleich: Wenn diese sudetendeutschen Nörgler und Jämmerer nur endlich auf Leute wie Coufal hören und in Beneš ihren Wohltäter erkennen würden. Die „Sudetenspost“ will sich gern in den Dienst des Coufal'schen Versöhnungswerkes stellen und ruft alle Sudetendeutschen auf: Wer schon überzeugt ist, daß er Edvard Beneš sein Leben zu verdanken hat, sollte sich dringend melden, damit in Anlehnung an einen berühmten sudetendeutschen Judenretter „Beneš' Liste“ erstellt werden kann. Diese Liste könnte dann die Grundlage für die nächsten Versöhnungsschritte sein: Die Umwandlung sämtlicher Vertriebenen-Denkmäler in sudetendeutsche Beneš-Gedenkstätten sowie die posthume Verleihung des Karlspreises an Edvard Beneš beim diesjährigen Sudetendeutschen Tag. Darüber hinaus werden ab sofort Spenden gesammelt für ein historisches Filmförderungsprojekt: Steven Spielberg wird beauftragt, einen Monumentalfilm über das Heilswirken des Retters der Sudetendeutschen zu schaffen. Damit auch die letzten Undankbaren begreifen, wie sehr sie Beneš zur Dankbarkeit verpflichtet sind. Denn, wie sagte uns doch Senator Miroslav Coufal: „Beneš war kein Krimineller!“

M. Maurer

## Sudetendeutsche Petition im Nationalrat

Die von mehr als 25.000 Österreichern – darunter zahlreichen Spitzenpolitikern von ÖVP, FPÖ und SPÖ – unterzeichnete Petition „Menschenrechte auch für Sudetendeutsche“ wurde kürzlich im Menschenrechtsausschuß des Nationalrates behandelt. Hier die Wortmeldungen der Abgeordneten zu dieser Causa:

Die Menschenrechtsfrage zeige ebenso wie die Causa Temelin, daß nationale Problemlösungskapazitäten eingeschränkt sind, gab Abgeordneter Dkfm. Mühlbacher (V) zu bedenken. Was die Beneš-Dekrete anbelangt, so empfinde er es als schmerzhaft, wenn sich Österreich und Tschechien in dieser Frage wie Feinde gegenüberstehen. Es sei zudem traurig, wenn die Sudetendeutschen, die im Jahr 1921 fast vierundzwanzig Prozent der damaligen tschechischen Bevölkerung ausgemacht haben, nur durch eine intensive Kampagne gewisse Rechte zuerkannt bekommen. Es gehe dabei nicht um eine Rückübertragung von Eigentum, erklärte Mühlbacher. Aber es wäre seiner Meinung nach nicht zu viel verlangt, daß man eingesteht, daß den Sudetendeutschen durch die Vertreibung großes Unrecht zugefügt wurde

und die Enteignung Entschädigung nach sich ziehen müsse.

Abgeordneter Dr. Graf (F) kam in seiner Wortmeldung auf ein Interview des tschechischen Botschafters in Österreich zu sprechen, in dem er unumwunden zugibt, daß es in bezug auf Enteignungsdekrete nach wie vor Verfahren in erster Instanz gibt. Dies bedeutet, daß es sich dabei nicht um totes Unrecht handelt, wie immer wieder behauptet wird. Die Aussagen des Botschafters zeugen aber auch davon, daß er die völkerrechtlich verbindlichen Normen nicht kennt. Er halte es entweder für naiv oder gefährlich, wenn ein Botschafter einen „derartigen Nonsens“ von sich gibt.

Auch Abgeordneter Dietachmayr (S) beschäftigte sich mit den Sudetendeutschen und den Beneš-Dekreten. Nach Kriegsende wurde das Eigentum von Millionen von Menschen beschlagnahmt. Dies sei eine Tatsache und es sei schwierig, dies anders als eine ethnische Säuberung zu bezeichnen. Die Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen ist auch nicht entschuldbar, stellte Abgeordneter Dietachmayr klar. Diese Ereignisse können jedoch nicht losgelöst von vorherigen Verbrechen des

Nazi-Regimes gesehen werden. Die Sozialdemokraten vertreten die Ansicht, daß Geschichte nur dann bewältigt werden könne, wenn damit offen, vorurteilsfrei und selbstkritisch umgegangen wird.

Abgeordneter Dr. Kurzmann (F) hob die große Übereinstimmung in Menschenrechtsfragen im österreichischen Hohen Haus hervor. Er erinnerte sodann daran, daß der tschechische Premier Zeman neulich der israelischen Regierung geraten hat, die Palästinenser ähnlich zu behandeln, wie dies die Tschechen 1945 und 1946 mit den Sudetendeutschen taten. Gemeint war damit Vertreibung und Ausrottung der sudetendeutschen Minderheit aufgrund der berüchtigten Beneš-Dekrete. Es sei unglaublich, daß ein europäischer Nachbarstaat mit solchen Politikern und rassistischen Gesetzen in die Europäische Union eintreten will. Eine bloße Obsolektklärung der Beneš-Dekrete oder der AVNOJ-Beschlüsse reiche den Heimatvertriebenen jedoch nicht, denn die beiden Länder dürfen sich nicht so leicht aus ihrer Verantwortung stehlen. Er begrüße daher ausdrücklich das Tätigwerden des Europäischen Parlaments in dieser Frage.

## Gedenkstätte für Genozidopfer

Auch so kann man mit der grausigen Vergangenheit umgehen: 57 Jahre nach einem Massaker an 23 Sudetendeutschen bekommt die ostböhmisches Gemeinde **Wekelsdorf** (Teplice nad Metují) eine Gedenkstätte für die Ermordeten. Am 30. Juni 1945 hatten tschechische Soldaten die vorwiegend alten Menschen, Frauen und Kinder in einem Wald erschossen und in einem Massengrab verscharrt. „Dieser Tod ehemaliger Mitbewohner nach Kriegsende war brutales Unrecht“, sagt die Bürgermeisterin Vera Vitová. Im September soll am Tatort eine Gedenkstätte auch mit Unterstützung ehemaliger deutscher Bewohner der Region eingeweiht werden. Insbesondere der „Heimatkreis Braunau“ ist dabei engagiert. Die Gedenkstätte wird voraussichtlich aus einem Kreuz mit der Inschrift „Den Opfern des Unrechts“ und zwei davor aufgestellten Stelen bestehen. Zwischen Kreuz und Stelen werden 23 Steine die Opfer des Massakes symbolisieren.



## ZITATE

„Die Abschiebung war eine Entscheidung der Sieger, die Änderungen der Grenzen war eine Entscheidung der Sieger. Ich bin überzeugt, daß es richtige Entscheidungen waren.“

Vladimir Spidla, Vorsitzender der tschechischen Sozialdemokraten (CSSD).

„Das sind mehr oder weniger archäologische Sachen, die man auf einmal aufbrüht.“

Lidvik Kundera, tschechischer Schriftsteller, zur Diskussion um die Beneš-Dekrete.

„Als heimatvertriebener Bischof denke ich intensiver darüber nach als vielleicht andere. Was Unrecht nach völkerrechtlichen Standards enthält, kann in dieser Weise sicher nicht einfach so stehengelassen werden, man muß sich damit auseinandersetzen. Wie das konkret geregelt wird, ist für mich eine sekundäre Frage. Wichtig ist, daß man die Geschichte nicht unter den Teppich kehrt.“

Christoph Kardinal Schönborn, Erzbischof von Wien.

„Es ist unmöglich, im Europa von morgen diskriminierende Bestimmungen zu haben, deren Wirkung weiter aufrecht ist.“

Wolfgang Schäuble, Bundeskanzler.

„Ich hoffe, daß in Tschechien endlich Vernunft einkehrt und nicht weiter Öl ins Feuer gegossen wird.“

Michael Spindelegger, außenpolitischer Sprecher der ÖVP.

„Eine mediale Seifenblase.“

Mikulas Dzurinda, slowakischer Ministerpräsident zur Diskussion um die Dekrete.

## Protest gegen Posselt

Der Ostdeutsche Arbeitskreis Hochtaunus protestiert „auf das Schärfste“ gegen gewisse Aussagen des SL-Vorsitzenden und CSU-Abgeordneten Bernd Posselt, die er nach deutschen Presseberichten vor tschechischen Journalisten gemacht haben soll.

Seine Entschuldigung für NS-Verfehlungen der Sudetendeutschen Volksgruppe sei völlig überzogen und entspreche hauptsächlich dem tschechischen Geschichtsbild, das vor allem eine tiefe Verstrickung der Sudetendeutschen mit dem Nationalsozialismus suggerieren will, heißt es in einer Aussendung des Arbeitskreises. Das Sudetenland sei stark christlich geprägt gewesen und habe seit dem Jahre 1918 mit überwiegend fairen Mitteln für sein Selbstbestimmungsrecht gekämpft. Erst die Unnachgiebigkeit Beneš habe es Hitler ermöglicht, sich in die Angelegenheiten Böhmens einzumischen. Posselt verstoße mit seiner Erklärung nicht nur gegen die Satzung seines eigenen Verbandes, sondern auch gegen sein Gelöbnis als Mitglied der Bundesversammlung, denn beide verpflichten ihn, das Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe „jederzeit zu vertreten“. Dieses aber sei umfassender als das von ihm vorgeschobene „Recht auf Heimat“, da es ohne freie Verfügung über das Eigentum nicht gedacht werden kann.

Der Ostdeutsche Arbeitskreis beklagt die „erneuten Fehlleistungen des Herrn Posselt“ und fordert seine unverzügliche Ablösung vom Amt des SL-Vorsitzenden.

# Was Verheugen in Straßburg wirklich sagte: Verwirrung durch Vermischung

EU-Kommissär Günter Verheugen (SPD) hat vor drei Wochen, wie berichtet, mit einer Rede im Straßburger Europaparlament für einige Verwirrung und Aufregung gesorgt: Die tschechische Regierung hätte ihm eine Gesetzesänderung zugesagt, sollten die Beneš-Dekrete mit EU-Recht unvereinbar sein, hätten einige EU-Abgeordnete gehört. Sie hatten sich verhöhnt, weil Verheugen zwei Dinge vermischte: Die Beneš-Dekrete und das Restitutionsgesetz. Die „Sudetenpost“ hat das Protokoll der Verheugen-Rede:

Klar ist: Die entscheidende Feststellung, wonach die Beneš-Dekrete im Widerspruch zur europäischen Rechtsordnung stünden, hat Verheugen ausgesprochen. Allerdings hat er wieder einmal die Behauptung aufgestellt, daß sie keine Wirkung mehr entfalteten. Nichts hat Verheugen über eine – von Ministerpräsident Milos Zeman auch sofort bestrittene – Zusage der tschechischen Regierung zur Prüfung einer möglichen Änderung der Beneš-Dekrete gesagt. Er bezog sich mit seiner Aussage auf das Restitutionsgesetz, das nur für Enteignungen nach dem Februar 1948, also nur für Opfer der KP-Diktatur gilt. Verheugens Wortwahl konnte jedoch – vor allem die mit der speziellen Thematik nicht in allen Details bewanderten Abgeordneten – durchaus zu dem Eindruck verleiten, er habe die Beneš-Dekrete gemeint. – Hier die entscheidenden Redepassagen nach dem Wortprotokoll des Europäischen Parlamentes:

„(...) Ich möchte jetzt auf einige politische Fragen eingehen, die sich in den letzten Wochen, teilweise in den letzten Tagen, als mögliche Probleme und Hindernisse herausgestellt haben. Zunächst möchte ich die Diskussion über die Beneš-Dekrete aufgreifen. Es handelt sich hier nach Auffassung der Kommission nicht nur um

ein rechtliches Problem, sondern es ist in erster Linie eine politisch-moralische Frage, um deren Lösung sich die Kommission und viele andere im übrigen seit Jahren in vielen, vielen vertraulichen Gesprächen bemühen. Nach Auffassung der Kommission stehen diejenigen Beneš-Dekrete, die sich auf die Enteignung von Eigentum beziehen, im Widerspruch sowohl zur heutigen tschechischen Rechtsordnung als auch zur europäischen Rechtsordnung. Sie sind daher obsolet und entfalten keine Wirkung mehr. Wir sollten deshalb gemeinsam darum bemüht sein, in dieser Frage zur Sachlichkeit zurückzukehren und den Erweiterungsprozeß nicht mit Themen befrachten, die der Vergangenheit angehören.“

Es muß darum gehen, eine Verständigung zu erzielen, die es allen Beteiligten erlaubt, stabile und dauerhafte Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft miteinander zu erhalten und gemeinsam die Zukunft Europas zu gestalten. Für das Zusammenleben innerhalb der EU ist natürlich die Frage von Bedeutung, ob sich aus der tschechischen Rechtspraxis bei der Rückübertragung von Eigentum diskriminierende Wirkungen ergeben. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die tschechische Regierung ihrerseits diese Frage überprüft. Ebenso begrüße ich, daß das Europäische Parlament hierzu um die Vorlage eines unabhängigen Gutachtens gebeten hat. Auch die Kommission überprüft gegenwärtig noch einmal alle rechtlichen Gesichtspunkte dieses Themas.

Ich kann Ihnen aber heute schon mitteilen, daß sich die tschechische Regierung der Kommission gegenüber bereit erklärt hat, tätig zu werden und den tschechischen Gesetzgeber um eine Änderung der tschechischen Rechtslage zu bitten, wenn sich herausstellen sollte, daß die gegenwärtige Rechtspraxis mit dem euro-

päischen Recht nicht vereinbar ist. (...)“ Wenn sich die tschechische Regierung also bereit erklärt hat, das Restitutionsgesetz einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, ist das auch schon ein Fortschritt. Denn auch dieses enthält eine Diskriminierung der Sudetendeutschen, wie SLÖ-BO Gerhard Zeihsel feststellte:

## Restitutionsgesetz von 1991/92 diskriminierend

Das von Verheugen veranstaltete Durcheinander zeigt, daß Tschechien 1991/92 mit dem Eigentumsrückstellungsgesetz gegenüber den Angehörigen der deutschen und ungarischen Minderheiten diskriminierend vorgegangen ist, weil sich die Rückgabe nur auf das von den Kommunisten nach ihrer Machtübernahme von 1948 enteignete Vermögen bezieht. Durch den im tschechischen Restitutionsgesetz festgelegten Stichtag mit Februar 1948 wurden tschechische Staatsbürger deutscher und ungarischer Nationalität um das 1945/46 enteignete Vermögen geprellt, weil die Vermögenskonfiskationen, die auf Grundlage der Beneš-Dekrete durchgeführt worden waren, im tschechischen Restitutionsprogramm nicht berücksichtigt sind.

Aber auch die 1945/46 Vertriebenen sind durch das tschechische Restitutionsprogramm bis heute diskriminiert, und es ist daher richtig, wenn die tschechische Restitutionsgesetzgebung von der EU im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit Tschechien endlich einmal kritisch unter die Lupe genommen wird. „Mit einer Ausweitung des tschechischen Restitutionsgesetzes auf das Jahr 1945 würde das Unrecht an den Sudetendeutschen und Ungarn gemildert werden“, schloß der Bundesobmann der SLÖ, Gerhard Zeihsel, gegenüber dem Sudetendeutschen Pressedienst (SdP).

# Gute Idee: Prag will Siegermächte in Debatte um Beneš-Dekrete ziehen

Nachdem die Sudetendeutsche Frage mittlerweile zur europäischen Frage geworden ist, treibt die tschechische Regierung die Internationalisierung dieses Themas weiter voran: Prag will nun die Siegermächte in die Auseinandersetzung hineinziehen und von diesen eine Bestätigung der Beneš-Dekrete erreichen. Aus Sicht der Sudetendeutschen ist die Idee nicht einmal schlecht: Denn dieser Schuß kann nur nach hinten losgehen!

Tschechische Zeitungen berichteten vergangene Woche, daß Regierung und Opposition noch vor den Parlamentswahlen im Juni eine Resolution verabschieden wollen, in der die Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete und jegliche Infragestellung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges abgelehnt werden sollen. Darüber hinaus plant Ministerpräsident Milos Zeman, die Siegermächte quasi zu einer Bestätigung des Potsdamer Abkommens zu bewegen, aus dem Tschechien bekanntlich die Rechtmäßigkeit der Beneš-Dekrete ableitet. „Wir sind mit einer neuen Vor-Münchner Atmosphäre konfrontiert, weil die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu den Forderungen nach Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges

schweigen“, erklärte der sozialdemokratische Vizepremier Pavel Rychetsky. Über die Beneš-Dekrete will Zeman noch im April mit seinem britischen Amtskollegen Tony Blair und mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin in Moskau verhandeln, verlautete aus dem Amt des Ministerpräsidenten. Zeman hat dabei die volle Unterstützung der Opposition: „Das Maß der Toleranz und Geduld, das die tschechische Seite bewiesen hat, wurde überschritten. Dem muß man sich mit allem Nachdruck entgegenstellen, die Staaten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition können nicht so tun, als ob sie das nicht betrifft“, meinte der stellvertretende ODS-Vorsitzende Jan Zahradil.

Die christdemokratische Volkspartei (KDU-CSL) und die Freiheitsunion-Demokratische Union (US-DEU) unterstützen die Idee einer Resolution zur Festschreibung der Beneš-Dekrete. In einem vorgelegten Entwurf soll jede Infragestellung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges abgelehnt werden.

Sollte Zeman tatsächlich die Siegermächte in die Debatte hineinziehen wollen, geht er damit freilich ein aus seiner Sicht hohes Risiko ein. Es ist nämlich höchst fraglich, daß die Weltkriegs-

sieger darauf erpicht sind, an die von ihnen seinerzeit geduldeten Massenverreibungen der Deutschen nicht nur erinnert, sondern von Prag auch noch zu einer nochmaligen Bestätigung dieser Unrechtsakte genötigt zu werden.

Denn heute lehnt man das, was damals passiert ist, als „ethnische Säuberungen“ natürlich ab. Unvorstellbar, daß US-Präsident George W. Bush heute sagen würde, die Verreibungen nach dem Krieg seien völlig in Ordnung gewesen. Unvorstellbar auch, daß sich Tony Blair oder Jacques Chirac als Repräsentanten von zwei großen EU-Staaten völlig über die in der EU allmählich platzgreifende Einsicht hinwegsetzen, daß die Beneš-Dekrete Unrecht waren und sind. Selbst der Russe Wladimir Putin, dessen Land die „ethnischen Säuberungen“ am Balkan verurteilt hat, wird sich nicht so ohne weiteres der tschechischen Sicht der Dinge anschließen können.

Zeman spielt mit dem Feuer. Er wird mit großer Wahrscheinlichkeit genau jene internationale Diskussion ernten, die tschechische Politiker eigentlich immer verhindern wollten, weil sie ahnten, daß sie gar nicht in ihrem Sinne verlaufen könnte.

## SLÖ empört: ODS fordert Masaryk-Orden für Beneš!

Die bürgerliche ODS unter Führung von Václav Klaus hat mit der Forderung aufhören lassen, den Vertriebungspräsidenten Edvard Beneš posthum den Masaryk-Orden zu verleihen. Damit würden nicht nur die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), sondern auch die 241.000 sudetendeutschen Opfer verhöhnt und deren Angehörige beleidigt werden.

Der Bundesobmann der SLÖ, Gerhard Zeihsel, zeigte sich tief gekränkt und erklärte gegenüber dem Sudetendeutschen Pressedienst (SdP): „Nachdem uns der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman mit der Todesstrafe konfrontiert hatte und die israelische Regierung zu einem Völkermord gegen die Palästinenser

ermutigt hatte, soll jetzt jener Präsident, der die menschen- und völkerrechtswidrige Verreibung und Enteignung von drei Millionen Sudetendeutschen zu verantworten hatte, mit dem höchsten Orden der Tschechischen Republik geehrt werden. Sollte Edvard Beneš posthum den Masaryk-Orden erhalten, fordert die SLÖ alle österreichischen Staatsbürger, die den Masaryk-Orden bereits erhalten hatten, im Sinne der politischen Anständigkeit und aus Solidarität gegenüber den sudetendeutschen Opfern auf, diesen der Tschechischen Republik zurückzugeben.“

Erst im Herbst 2001 hatte die österreichische ORF-Journalistin Coudenhove-Kalergi den Masaryk-Orden erhalten.

Seeboden –  
der Treffpunkt der Sudetendeutschen

## 6. Sudetendeutschen Ferientreffen 2002

vom 23. Juni bis 1. Juli 2002  
in Seeboden am Millstätter See



Höhepunkte:  
Tagesfahrten nach Spillimbergo (Italien),  
Großglockner,  
Burg Hochosterwitz  
Sudetendeutschen-Abend u.v.a.m.

Auskünfte:  
Tourismusbüro  
A-9871 Seeboden  
Tel. 00 43/47 62/81 2 10, Fax 82 8 34  
Kontaktperson: Frau Kabusch  
Auf Wunsch werden Programm und Informationsmaterial gerne zugeschickt!

Seeboden  
Millstätter See



# Eine „Muster-Demokratie“ entblößt sich

Nun kann niemand in Europa mehr sagen, er wüßte nicht Bescheid – noch nicht einmal der sozialistische „EU-Erweiterungs-Kommissar“ Günther Verheugen, der Fakten und Zusammenhänge nicht verstehen kann (oder will?), sofern sie nicht ausnahmsweise einmal für die

Von Prof. Horst Rudolf Übelacker

Interessen und das Wohl seiner über alles geliebten Tschechen verwendbar sind (und dann natürlich entsprechend „genutzt“ werden).

Staatspräsident Dr. Edvard Beneš soll also – endlich – posthum geehrt werden, für das, was er im Herzen Europas angerichtet hat und was die Tschechei europa- und weltweit völkergewohnheitsrechtlich – zunächst in der EU (!) – verankert wissen will: Massenmord, ethnische Säuberung, Totalinkonfiskation, kurz: Genozid. In Zeiten der Terrorbekämpfung will Tschechien den Terror hoffähig machen!

Für das amtliche Prag geht damit wohl der letzte Rest eines Scheins von „Europafähigkeit“ verloren, ist in der Politik quer durch alle Parteien anscheinend heillose Panik ausgebrochen. Angesichts stärker werdender Kritik an Tschechien geht es nicht mehr darum, der EU zum Zwecke weiterer Vorteilsnahme beizutreten. Es geht jetzt wohl vor allem darum, sich unter reduzierten Erwartungen vor der Verantwortung für ein Jahrhundertverbrechen der schlimmsten Art zu drücken, vor dem Genozid an Minderheiten in einem einst „Tschecho-Slowakei“ genannten Staat, der inzwischen alle Minderheiten verloren hat, zuletzt sogar noch die Slowaken. Der unverjähbare Genozid an der sudetendeutschen und magyrischen Minderheit wurde primär verübt durch die stärkste

Minderheit, die tschechische, wird aus Eigennutz bisher aber auch noch von der verselbstständigten Slowakei verteidigt und ist untrennbar verbunden mit dem Namen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš, dem Genozid-Paten.

Wenn jetzt in der Verantwortung stehende tschechische Politiker die posthume Verleihung des Masaryk-Ordens anstreben, so zeigen sie offen ihre andauernde Menschenverachtung und ihre mangelnde Europareife.

Das alles geschieht im Geiste und unter Berufung auf jenen Terror-Paten Edvard Beneš, mit dem Thomas G. Masaryk – obwohl selbst alles andere als ein politisches Unschuldslamm – nun doch nicht in Verbindung gebracht werden sollte. So stellt sich Tschechien derzeit nicht nur ohne politisches Augenmaß, vielmehr als rechts- und friedensunfähig dar, vermittelt darüber hinaus sogar den Eindruck, seine Zukunftsfähigkeit mutwillig in Frage zu stellen. Der einzig ersichtliche Grund für dieses geradezu suizidverdächtige Verhalten ist die Leugnung der Genozid-Verantwortung und die vermeintlich mögliche Raubsicherung. Es ist tragisch, daß Prag bisher die Aussichtslosigkeit dieses Bemühens nicht zu erkennen vermag, weil es von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Denn in Europa läßt sich ein Völkergewohnheitsrecht willkürlicher Eigentumsverletzungen und beliebigen Genozids augenscheinlich nicht durchsetzen. Das zeigt auch die derzeit „kippende Stimmung“, gegen die alle Erweiterungs-Beschwörung wirkungslos bleibt.

In ihrer Panik übersieht die Prager Politik eine weitere politisch-psychologische „Gefahr“. Das gegenwärtige Strafgerichts-Verfahren gegen den Kriegsverbrecher und Menschenrechtsver-

letzer Slobodan Milosevic. Hier zeigt sich klar die Paralleltät zum Genozidäter Beneš, den der Tod davor bewahrt hat, zur Verantwortung gezogen zu werden. Lebend würde er noch vor Milosevic auf der Anklagebank gesessen haben und wahrscheinlich verurteilt worden sein. Zu diesem Ergebnis kommt sogar Petr Placák, ein tschechischer Historiker und Schriftsteller (Lidove noviny, 1. 2. 2002).

Eine posthume Ehrung für Beneš ist aus Prager Interessenlage nach allem nur eine Schein-Alternative, die zusätzlich schadenstiftend ist und rufschädigend dazu, ohne an der entscheidenden Bedingung, der „conditio sine qua non“, vorbeizuführen, für die erfolgreiches jüdisches Wiedergutmachtungsstreben die Maßstäbe gesetzt hat, die auch für andere Opfer-Gruppen, wie die Sudetendeutschen, gelten müssen:

Aufhebung der Beneš-Dekrete von Anfang an (ex tunc) und Wiedereinsetzung in die alten Rechtspositionen; Rückerstattung des geraubten Eigentums und Wiedergutmachtung für die Opfer vielfacher Menschenrechtsverletzungen; gemeinsame Beseitigung der unverjähbaren Genozids.

Die von Prag geltend gemachten Hinderungsgründe sind sämtlich nur vorgeschützt; die Existenz des Raubstaates ist durch Uneinsichtigkeit und Lüge weit stärker gefährdet, als durch die unausweichliche Wiedergutmachtung des Unrechts. Prag steht hart am Abgrund. Jeder weitere Schritt in der bisherigen Richtung wäre wahrscheinlich bereits ein Schritt zuviel!

Der Verfasser ist Mitglied sudetendeutscher Führungsgremien und ist Bundesvorsitzender des Witikobundes, der nationalen Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen Volksgemeinschaft.

## Klestil und die Masaryk-Medaille

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil wurde von der „Tomas-G.-Masaryk-Bewegung“ der Tschechischen Republik mit der Masaryk-Ehrenmedaille für besondere Verdienste um die Vertiefung demokratischen Gedankengutes ausgezeichnet.

Dabei bleibt zu hoffen, daß unser Bundespräsident und die Präsidentschaftskanzlei weiß (oder vielleicht doch nicht), welchen Stellenwert dieser Tomas G. Masaryk für das alte Österreich, die Habsburgermonarchie, hat. Dazu einige Randanmerkungen aus der Geschichte:

Im Jahr 1915 (also in jenem Krieg, als Österreich um seine Existenz rang) begab sich Tomas G. Masaryk ins neutrale Ausland, mit der Absicht, eine revolutionäre Bewegung gegen Österreich ins Leben zu rufen (Landesverrat). Mit einer Rede zur 500. Wiederkehr des Todes von Jan Hus, die er in Genf, dem historischen Zentrum des calvinistischen Bekenntnisses, hielt, eröffnete er den Kampf gegen das Habsburgerreich. Es kam ihm zugute, daß er in dem Prozeß gegen den des Ritualmordes beschuldigten Juden Leopold Hilsner für diesen eingetreten war und sich so die Sympathien des Weltjudentums erworben hatte. So wurden ihm, wie er in seinen Erinnerungen selbst berichtet, viele Wege geebnet. Bald folgte ihm der Dozent der Prager Technischen Hochschule, Dr. Edvard Beneš – der geistige Vater der berüchtigten Beneš-Dekrete.

In der Regierungserklärung vom 23. Dezember 1918 erklärte er als Staatspräsident: „Was die Deutschen betrifft, so ist unser Programm seit langem bekannt. Die von den Deutschen bewohnten Gebietsteile sind und bleiben unsere. Wir haben diesen Staat gegründet, wir haben ihn erhalten und verteidigt, und wir sind

es auch, die ihn jetzt aufs neue errichten. Ich wiederhole: Wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die einst als Immigranten und Kolonisten hierhergekommen sind, ist damit ein für allemal festgelegt. Wir haben ein gutes Recht auf die Reichtümer unseres gesamten Landes...“

Zwei Wochen später (10. Jänner 1919) gab Staatspräsident Tomas G. Masaryk der französischen Zeitung „Le Matin“ zur Frage der Deutschen folgendes Interview:

„Unsere geschichtlichen Grenzen stimmen mit den ethnographischen Grenzen ziemlich überein. Nur die Nord- und Westränder des böhmischen Vierecks haben infolge der starken Einwanderung des letzten Jahrhunderts eine deutsche Mehrheit. Für diese Landesfremden wird man vielleicht einen gewissen modus vivendi schaffen, und wenn sie sich als loyale Bürger erweisen, ist es sogar möglich, daß ihnen unser Parlament, zumindest auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts, irgendeine Autonomie bewilligt. Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß eine rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird.“ So also sprach der Humanist Masaryk.

Zum Schluß noch die Stimme des russischen Generals Konstantin W. Sakharow, der über die Tschechische Legion und Masaryk folgendes in seinem Buch („Die Tschechische Legion in Sibirien, 1930“) schrieb:

„Sogleich nach der Märzrevolution (1917) war Masaryk nach Rußland geeilt. In seinem Buch ‚Die Weltrevolution‘ bespricht er diese Reise aufs Genaueste. Das Buch Masaryks ist für den unkundigen Leser eine umso größere Gefahr, als es von einem Manne geschrieben ist, dem

der Ruf des Gelehrten anhaftet. In jenem Buch aber sind Wahrheit und Unwahrheit überaus eng miteinander verknüpft... Nach seiner Ankunft in Rußland besuchte er zunächst alle Führer der Revolution, welche ihm nach seinem Bekenntnis seelisch nahestanden...“

Masaryk blieb fast ein ganzes Jahr in Rußland. Er besuchte Petersburg, Moskau, Kiew und Wladivostok. Er trat mit allen Kreisen in Verbindung, lehnte aber, wie er selber stolz erklärte, das Angebot zur Mitarbeit ab. Umso fester schloß sich Masaryk an das linke Lager an.“

„Das tschechoslowakische Korps sammelte sich im Herbst 1917 in der Ukraine. Zunächst traten die Tschechen in Unterhandlungen mit der ukrainischen Regierung. Dann schwenkten sie plötzlich von dieser Richtung ab und Masaryk schloß plötzlich persönlich mit dem bolschewistischen Oberbefehlshaber Murajew ein Abkommen. Hierbei entstand zwischen beiden eine gewisse Freundschaft. Masaryk ließ es zu, daß bolschewistische Agitatoren in die tschechischen Regimenter eindringen und es zu einer teilweisen Bolschewisierung der Tschechen kam.“

Das ganze Buch von Sakharow enthält viele Details über das unrühmliche Wirken der tschechischen Legion und wurde schließlich bald nach seinem Erscheinen (1930) in der „einzigen funktionsfähigen Demokratie Mitteleuropas“ verboten.

Ist es wirklich eine Ehre für unseren Bundespräsidenten, mit der Medaille eines Totengräbers der Donaumonarchie ausgezeichnet zu werden? Jeder möge sich selbst diese Frage beantworten. Dr. Alfred Oberwandling

## BESUCHEN SIE UNS IM INTERNET

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich: [www.vloe.at](http://www.vloe.at) oder [www.vloe.at/sudeten/index](http://www.vloe.at/sudeten/index)

Benutzen Sie auch unsere e-Mail-Adresse, um uns schneller und direkt zu erreichen: [sudetendeutsche.landsmannschaft@chello.at](mailto:sudetendeutsche.landsmannschaft@chello.at)

Benutzen Sie auch die Web-Seiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland, damit Sie über den aktuellen Stand der heimatpolitischen Arbeit informiert sind.

[www.sudeten.de](http://www.sudeten.de)

e-Mail: [poststelle@sudeten.de](mailto:poststelle@sudeten.de)

Besuchen Sie uns im Gästebuch und geben Sie uns Ihre Zustimmung bzw. Kritik über unsere Arbeit bekannt.

## Großes Interesse an Familienforschung

Wie schon im März 2000 und 2001, damals in den Räumen der Heraldisch-Genealogischen Gesellschaft „Adler“, fand auch heuer im März das Seminar „Familienforschung in den ehemals deutsch besiedelten Ostgebieten“ statt. Diese Seminarreihe ist auf dem Weg, zum jährlichen Fixpunkt im Rahmen der Sudetendeutschen Familienforschung zu werden. Diesmal, dank der Gastfreundschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft im „Haus der Heimat“.

Die Zahl der Teilnehmer – zirka dreißig Personen haben sich zu dem Seminar gemeldet – hat mit gezeigt, daß das Interesse an der eigenen Familiengeschichte und deren Erforschung im Ansteigen begriffen ist. Die Teilnehmer zeigten reges Interesse und es wurden natürlich Fragen aufgegriffen, die aber im Rahmen eines Tagesseminars nicht diskutiert werden konnten. Eine Anregung, die noch zu überlegen wäre: Ein vierteljährliches Treffen der Interessenten an der Familienforschung zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion. Wer an dem Thema Sudetendeutsche Familiengeschichte interessiert ist, kann natürlich über die Homepage der SLÖ Anfragen an diese richten. Für nächstes Jahr im März ist wieder ein Seminar vorgesehen. Der Haupttitel bleibt gleich, aber es ist noch ein spezielles Gebiet, voraussichtlich Computer und Genealogie, geplant. Dr. Mache

## Kulturabend im „Haus der Heimat“ in Wien

Am Freitag, dem 12. April, findet im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Großer Festsaal im Erdgeschoß, mit Beginn um 18.30 Uhr, ein Kulturabend unter dem Motto „Eine Reise durch das Sudetenland“, statt.

Wir führen Sie mit Bildern, Volkstänzen, Liedern, Musik, Lesungen usw. durch die Landschaften des Sudetenlandes.

Der Eintritt ist frei – Spenden werden erbeten! Im Anschluß bitten wir zu einem kleinen Imbiß!

Dazu sind alle Landsleute und Freunde der Sudetendeutschen, die mittlere und jüngere Generation, recht herzlich eingeladen. Kommen auch Sie und bringen Sie Ihre Freunde und Kinder mit!

## Mehrheit gegen Aufhebung der Dekrete

Die Mehrheit der Tschechen ist der Überzeugung, daß die sogenannten Beneš-Dekrete nicht aufgehoben werden sollten. Das geht aus den Ergebnissen einer Umfrage hervor, die im Auftrag der Nachrichtengruppe CTK dieser Tage von der Gesellschaft TNS Factum vorgenommen wurde. Mehr als 57 Prozent der Befragten erklärten, daß die Tschechische Republik keinen Grund dafür habe, überhaupt zur Frage der Beneš-Dekrete zurückzukehren. Nahezu zwölf Prozent der Befragten vertraten die Ansicht, daß der Staat die Dekrete zwar nicht aufheben, andererseits aber anerkennen sollte, daß sie einen undemokratischen Charakter hätten.

## EU-Parlamentspräsident: Dekrete könnten Beitritt komplizieren

Die internationale Diskussion über die umstrittenen Beneš-Dekrete sollte nach Ansicht des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, erst im Herbst fortgesetzt werden. Dann seien die Parlamentswahlen in Deutschland, Tschechien, der Slowakei und in Ungarn vorbei und die Voraussetzungen für einen Meinungsaustausch besser, sagte Cox kürzlich in

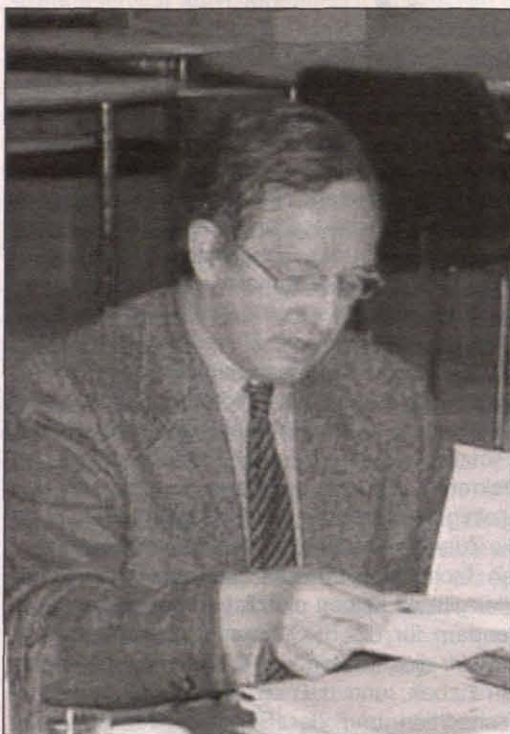
Prag nach seinem Treffen mit dem tschechischen Senatsvorsitzenden Petr Pithart. Zwar müsse über die tschechoslowakischen Nachkriegsordnungen gesprochen werden, „aber in ruhigerer Atmosphäre als jetzt“. Cox wollte nicht ausschließen, daß die von Prag nie für ungültig erklärten Dekrete den für 2004 geplanten EU-Beitritt Tschechiens komplizieren könnten.





## Das Interview

# Interview mit Anwalt Johannes Eltz, Mitglied der SLÖ-Juristenkommission: Tschechen betreiben ethnische Nachsäuberung



Rechtsanwalt Dr. Johannes Eltz.

Der Wiener Rechtsanwalt Johannes Eltz ist eines der Mitglieder der Juristenkommission, die die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SLÖ) zur Vorbereitung von Restitutionsklagen in der Tschechischen Republik gebildet hat. Die „Sudettenpost“ sprach mit dem Juristen, der bereits seit längerem einige Restitutionsklagen in der Tschechischen Republik betreibt, über die möglichen Wege zum Recht.

**Sudettenpost:** Wie können die Sudetendeutschen zu ihrem Recht, sprich: zu ihrem Eigentum kommen?

**Eltz:** Es bringt gar nichts, wenn man die Beneš-Dekrete für obsolet erklärt. Die Tschechen haben in ihrer Verfassung die Grundrechte und Menschenrechte und halten sie nicht ein, weil sie heute die Beneš-Dekrete anwenden. Warum wenden sie sie an? Weil damals viele wild vertrieben wurden, ohne daß man geprüft hat, ob sie überhaupt schuldig sind. Nach der tschechischen Rechtsordnung damals und heute geht das nicht. Denn es muß jedes Gesetz umgesetzt werden in jedem Einzelfall. Und das drückt sich aus in einem Verfahren und einem Bescheid.

**Sudettenpost:** Und die gibt es nicht?

**Eltz:** Nicht in jedem Fall. Viele sind ja vor den Gesetzen (Beneš-Dekrete, Anm.) vertrie-

ben worden. Der Brünner Todesmarsch war im Mai 1945, da gab es noch keine Vertreibungs- und Konfiskationsgesetze. Die Frage ist: Hat es Enteignungen gegeben? Die Tschechen wissen ganz genau, daß sie Nicht-Akte produziert haben in den Jahren 1945 bis 1948. Und sie wissen genau, daß sie heute immer hinweisen müssen, daß es mit Beneš-Dekret konfisziert wurde. Sie wissen genau, daß, streng formalistisch betrachtet, damit die Konfiskationen heute geschehen und sie wissen ganz genau, daß man das ethnische Nachsäuberung nennen kann.

**Sudettenpost:** Was tut man dagegen?

**Eltz:** Ich und andere haben damit angefangen zu prozessieren da drüben. Der Prozeßweg ist die einzige Politik, wie wir Anwälte unseren Klienten helfen können.

**Sudettenpost:** Wie gehen Sie da vor?

**Eltz:** Ich habe zum Beispiel einen Fall, da geht es wirklich um einen riesigen Grundbesitz. Der Eigentümer ist im Mai 1945 gestorben. Im Oktober bekam er einen Konfiskationsbescheid zugestellt. Jetzt frage ich mich, wie kann man einem Toten etwas zustellen, das wird nicht rechtswirksam. Die Witwe hat in einer Berufung gesagt, mein Mann ist tot, ich bin nicht Erbin und auch nicht Nachlaßvertreterin. Da haben sie die Witwe zur Kuratorin des Toten bestellt und ihr den Bescheid zugestellt. Rechtlich kann man sagen, in den Beneš-Dekreten steht nicht drin, daß Nachlässe konfiszierbar sind. Und im allgemeinen Verwaltungsgesetz steht drin, daß man Entscheidungen der Partei zustellen muß. Und erst danach kann eine Entscheidung überhaupt rechtskräftig werden. Es gibt also keinen rechtskräftigen Bescheid. Wir haben 1991 einen tschechischen Paß (für den heute in Österreich lebenden Erben, Anm.) besorgt und gingen vor nach dem Restitutionsgesetz. Dort steht im Bodengesetz 229: Berechtigte Person ist ein tschechischer Staatsbürger, dessen Grund und Boden nach dem 25. Februar 1948 auf in Paragraph 6 angeführte Weise auf den Staat übergegangen ist. Und dann geht es um das Gesetz 243 für die Sudetendeutschen. Da steht: Jeder Sudetendeutsche, der die tschechische Staatsbürgerschaft bis ins Jahr 1953 zurückgehalten hat, bekommt seine Sachen auch zurück. Ich habe dann gesagt: Nachdem es (das Gut, Anm.) nicht konfisziert ist, ist es eine Verlassenschaft. Ich eröffne die Verlassenschaft und klage auf die Feststellung, daß es einen Nachlaß gibt. Das Erbrecht meines Mandanten begann im Jahr 1961. Der alte Grundbesitzer ist im Mai gestorben und hat es seinem Sohn vermacht. Der Sohn kam 1961 bei einem Verkehrsunfall ums Leben und konnte das Erbe nicht antreten. Damit war das Erbrecht bei meinem Mandanten (einem Neffen des Eigentümers, Anm.). Ich habe die Restitution beantragt nach dem Bodengesetz 229. Wir haben bei allen Bodenämtern Antrag gestellt. Von einem Bodenamt haben wir die Antwort bekommen, und uns wurde Recht gegeben. Dann hat die Hasenjagd begonnen gegen meinen Mandanten: Heute ist es so, daß die Regierung die Gerichte beeinflußt und sagt, bei den Sudetendeutschen dürft ihr nicht nachgeben. Und jeder Richter, der nachgibt, bekommt es mit dem Premier zu tun. Wir haben einen solchen Brief gesehen.

**Sudettenpost:** Was kam dabei heraus?

**Eltz:** Der Fall liegt jetzt beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Die Feststellungsklage zum Beispiel wurde mir abgewiesen, weil der Richter gesagt hat, sie betreffe nur einen kleinen Teil (des Grundbesitzes im Gesamtumfang von 14.000 Hektar) und daher weise er die Klage zurück, weil er (der Mandant) nicht alles will.

**Sudettenpost:** Das klingt absurd.

**Eltz:** Es ist jede Entscheidung absurd. Jetzt wird das natürlich in Straßburg aufs Tapet kommen. Es geht darum: Dürfen die Tschechen heute judizieren, wie sie wollen, und sagt die EU: Die Sudetendeutschen haben keine Menschenrechte oder die Menschenrechte gelten für alle, nur nicht für die Sudetendeutschen. Das sind die Fragen, um die es gehen wird. Das Dilemma der menschenrechtswidrigen Rechtspraxis der Tschechen und der angestrebten menschenrechtsgemäßen Rechtspraxis in Europa gilt es für die Sudetendeutschen zu beschreiben. Denn in dem Moment, wo dieses Dilemma Allgemeinwissen ist – mehr kann man den Sudetendeutschen nicht helfen. Und dann

ist die Frage: Was ist mit den Nicht-Akten? Was ist mit dem, was nicht (rechtsgültig, Anm.) konfisziert wurde? Wer soll das kriegen, außer der, dem es gehört? Die Gerichte müssen überlegen, ob sie die Rechte vermodern lassen können. Seit fünfzig Jahren versuchen die Gerichte und die Regierungen die Rechte der Sudetendeutschen zu zerstören. Und die Landsmannschaften schauen immer zu und haben sich nur mit der Trachtenpflege beschäftigt. Das war meine Überzeugung.

**Sudettenpost:** Das scheint sich ja jetzt geändert zu haben.

**Eltz:** Ich glaube, daß heute zumindest der Herr Zeihsel versucht, was er machen kann.

**Sudettenpost:** Was kann man machen?

**Eltz:** Jeder kann klagen. Und die Klagserzählung ist sehr einfach: Ich habe ein Haus besessen. Klagende Partei ist, sagen wir einmal, Poldi Huber. Beklagte Partei ist die Gemeinde Brunn, oder besser noch die Tschechische Republik. Ich klage auf Herausgabe meines Hauses in der Benešgasse 10. Ich wurde im Mai 1945 aufgefordert, am Sammelplatz zu erscheinen und wir sind dann nach Österreich marschiert. Das Haus steht weiter in meinem Eigentum, weil es nicht auf den Tschechischen Staat übergegangen ist. Es wird begehrt folgendes Urteil: Die beklagte Partei ist schuldig, der klagenden Partei das Haus herauszugeben. Bei Dingen, die verkauft wurden, ist es schwieriger. Da geht das Recht unter Umständen unter. Denn es gibt die Ersitzung: Wenn ein Gutgläubiger etwas vom Staat kauft.

**Sudettenpost:** Ein Großteil des Grundbesitzes befindet sich aber noch immer im Besitz des Staates.

**Eltz:** Jawohl. Da gibt es auch riesige Flächen, die man als Ersatz herausrücken kann. Man kann auch auf Ersatz klagen, wenn man herausgefunden hat, daß mein Grund verkauft wurde.

**Sudettenpost:** Es geht also gar nicht darum, daß man den tschechischen Staat ausbluten läßt mit Entschädigungszahlungen, oder tschechische Bürger fürchten müssen, ihren Besitz zu verlieren, wenn man beim Staatsbesitz ansetzt?

**Eltz:** Da könnte man ansetzen. Und im übrigen werden diese Grundstücke ja nicht nach München gezogen. Ich glaube, wenn Sudetendeutsche zurückkommen, kommt ja Geld, Knowhow und Wirtschaftskraft – da kommt ja nur was Gutes heraus. Ich will wirklich keinem Tschechen sein Haus wegnehmen. Ich habe auch in meinen Fällen gesagt, alles, was irgendwer hat, kann ich ihm bestätigen, daß er es behalten kann. Aber dort, wo nur der Staat unser Gegenüber ist, wollen wir drüber verhandeln.

**Sudettenpost:** In der politischen Auseinandersetzung spielt die Angst der Tschechen, vielleicht ihr Häusl zu verlieren, aber sicher eine Rolle. Darauf schielen schließlich die tschechischen Politiker.

**Eltz:** Man muß eben sehr deutlich sagen, daß die Sudetendeutschen nicht altes Unrecht mit neuem Unrecht austauschen wollen. Man kann ruhig sagen, die tschechischen Politiker treiben Politik mit der Angst. Aber niemals wird einem was weggenommen. Wir sind doch alle Christen. Und es kann nicht christlich sein, wenn man revanchistisch ist. Man muß halt eine Lösung suchen, die wieder Freundschaften

## ZITATE

„Ich habe es als die beste Aktion der Sudetendeutschen gefunden in den letzten 50 Jahren, daß man sagt, man macht eine Massenklage. Die Nerven vom Zeman und vom Klaus sind eh schon strapaziert. Jetzt werden sie erst recht nervös.“

Johannes Eltz

„Ich habe keine Aggressionen gegen die Tschechen. Das einzige, was ich will, ist ein Europa der Freundschaft, ein Europa der gelösten Konflikte.“

Johannes Eltz

schaft. Daher muß man immer dazusagen: Wir wollen niemandem was wegnehmen.

**Sudettenpost:** Können die Sudetendeutschen, die sich nicht der von der SLÖ vorbereiteten Streitgenossenschaft anschließen, im Sinne eines Präjudiz auf eine Signalwirkung für alle hoffen?

**Eltz:** Selbstverständlich sind meine Fälle Präjudizfälle. Aber ich kann nicht garantieren, daß die Tschechen die Präjudiz einhalten. Jeder Richter kann anders urteilen. Beim Verfassungsgerichtshof beurteilen verschiedene Richter die gleichen Sachen verschieden. Ich krieg' von jedem Gericht eine andere Erkenntnis in der gleichen Sache. Das mit der Präjudizwirkung halte ich in der Tschechischen Republik für fragwürdig. Aber selbstverständlich führt meine Prozeßführerei dazu, daß sich die Sache klärt. Deswegen mache ich sie ja auch. Und ich bin ja nicht allein. Da sind sicher zwanzig Anwälte, die das machen.

## Wer zahlt die Anwälte?

Wie berichtet, bereitet die SLÖ die Bildung einer Streitgenossenschaft zur Einbringung von Restitutionsklagen in Tschechien vor. Ein Juristenkomitee befaßt sich gerade mit den rechtlichen Fragen. Gesucht werden auch Musterfälle sowie vertrauenswürdige Anwälte in der Tschechischen Republik, die mit österreichischen Kollegen kooperieren. Ziel sei es, so SLÖ-Bundesobmann Gehard Zeihsel, in Tschechien „flächendeckend“ Klagen einzubringen. Ein derart umfangreicher Rechtsstreit wirft jedoch auch finanzielle Fragen auf: Wer bezahlt die Anwälte, können sich die Kläger das überhaupt leisten? Die Mitglieder der Streitgenossenschaft dürften nicht allein gelassen werden: SLÖ-Obmann Zeihsel sagte gegenüber der „Sudettenpost“, es werde überlegt, daß sich die Landsmannschaft an den Kosten des Rechtsstreites beteiligen werde.

## Nicht glauben, was Politiker sagen!

**Eltz:** Die hohen Herren in Prag haben mir gesagt, sie hätten überhaupt nichts dagegen, wenn ihr prozessiert. Sie wünschten sich das geradezu, weil nur die Gerichte können entscheiden, was geschehen soll. Wir Politiker könnten das aber nicht machen, weil die Leute wählen uns nicht, wenn wir sagen, wir sagen Gerechtigkeit zu und geben da und dort etwas zurück.

**Sudettenpost:** Haben Sie tatsächlich den Eindruck, daß die tschechischen Politiker das wirklich so sehen?

**Eltz:** Die Eliten sagen: Hoffentlich kommt es zu einer guten Lösung, aber ich kann meine Wahlen nur gewinnen, indem ich den Tschechen nach dem Mund rede. Deshalb sagen alle Politiker: Nicht ein einziger Fall wird zurückgegeben. Aber das sagen sie ja nur so. In Wirklichkeit wollen sie ja, daß sich das löst. Vielleicht nicht die Kommunisten, weil die wollen nicht einem Grundbesitzer, einem Klassenfeind, was gönnen. Aber sonst, ich bin überzeugt: Die ODS, die Christdemokraten wollen eine gescheite Lösung. Und daher muß das Europaparlament berücksichtigen, daß man ja nicht glauben darf, was die tschechischen Politiker sagen. Man muß sie zwingen, das zu tun, was richtig ist. Dann können sie sagen: wir wurden gezwungen vom bösen Europa, aber wir können es nicht ändern.

## Beneš-Dekrete werden bis zum heutigen Tag angewendet

**Sudettenpost:** Eine viel diskutierte Frage ist, ob die Beneš-Dekrete heute noch angewendet werden. Wie ist Ihre Antwort?

**Eltz:** Sie werden in allen Verfahren angewendet. Und zwar mit dem Argument, die Beneš-Dekrete wirken ex lege (automatisch, Anm.), und die Bescheide deklarieren nur, daß sie damals gewirkt haben. Das ist die Praxis der Tschechen. Wenn man heute sagt, ich möchte mein Haus zurückhaben, weil ich bis heute nicht weiß, ob es mir (rechtsgültig) weggenommen wurde, weil ich keinen Bescheid habe, sagen die Tschechen, man mußte keinen Bescheid herausgeben. Denn die Beneš-Dekrete seien der Grund dafür, daß Ihr Haus uns gehört. Das heißt: Im entsprechenden Beneš-Dekret steht

drin, das Eigentum geht automatisch, mit sofortiger Wirkung und entschädigungslos, über auf den Staat. Das bedeutet: Sie schreiben heute die Bescheide aus. Und das ist das Dilemma, das zu lösen ist. Die Frage ist, wem gehört jetzt diese Wiese? Das ist erst jetzt geklärt, wenn der Bescheid heute herausgegeben wurde: Die Wiese ist enteignet. So schauen die heutigen Bescheide aus. Wichtig ist die Frage: Wem gehört das Eigentum, das damals nicht rechtskräftig entzogen wurde nach tschechischem Recht? Da ist die Frage: Kann man die Beneš-Dekrete heranziehen oder nicht? Und die Tschechen ziehen sie in diesen Fragen heran. Das heißt: Die Tschechen judizieren heute die Beneš-Dekrete, säubern heute ethnisch nach.



# Die Rede von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer am Sudetendeutschen Gedenktag: Zeman hat aus der Geschichte nichts gelernt!

**Klare Worte fand die diesjährige Gastrednerin beim März-Gedenken in Wien: Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ) ging hart ins Gericht mit tschechischen Politikern, allen voran Ministerpräsident Miloš Zeman. Und sie ließ keinen Zweifel daran, daß Österreich zwar den EU-Beitritt Tschechiens befürwortet, aber davor eine Lösung der Sudetendeutschen Frage erzielt werden müsse.**

Das Thema dieser Gedenkveranstaltung könnte aktueller nicht sein!

„2001: Österreich für Sudetendeutsche.“ Dieser Satz steht stellvertretend für die unzähligen Aktivitäten dieser Bundesregierung im zähen Ringen um eine Aufhebung der unwürdigen Beneš-Dekrete. Diese Bundesregierung war die erste, die dieses Ziel auch in ihr Regierungsprogramm hineingeschrieben hat, um es zur klaren Grundlage ihres Handelns und Wollens zu machen. Ich kann Ihnen versichern, wir stehen auch zu diesem Ziel und wir werden alles daran setzen, es auch umzusetzen.

Wenn man die Entwicklung der letzten Wochen betrachtet, so fällt auf, daß die Entrechtung und Vertreibung der angestammten deutschen Bevölkerung des Sudetenlandes in den letzten 50 Jahren kaum jemals soviel Beachtung in den Medien gefunden hat, wie das jetzt der Fall ist – und ich halte das für eine positive Entwicklung. Diese Beachtung hat natürlich auch damit zu tun, daß sie im ursächlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Beitrittsansuchen der Tschechischen Republik für die EU steht. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Frage genau in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Besonders dann, wenn wir die Europäische Gemeinschaft auch als eine Gemeinschaft von Werten verstehen.

Wenn wir hier und heute der 54 Opfer des 4. März 1919 gedenken. Wenn wir hier und heute der mehr als 241.000 Toten der schrecklichen und unmenschlichen Vertreibung gedenken. Wenn wir an die unzähligen mißhandelten Frauen und Kinder, an das mit Füßen getretene Selbstbestimmungsrecht der Völker denken, dann wird die Haltung der Tschechischen Republik und der tschechischen Regierung in dieser Frage erst recht unverständlich. Gerade angesichts von Äußerungen, wie sie von tschechischen Regierungsvertretern in den letzten Wochen gefallen sind, muß man sich die Frage stellen, wie man sich am Beginn des 21. Jahrhunderts noch in den Spiegel sehen kann, wenn man Wortmeldungen von sich gibt, wie dies der tschechische Staatschef Zeman jüngst getan hat. Verzichtbare Äußerungen, wie die von der fünften Kolonne Hitlers, haben die Gefühle tausender Vertriebener verletzt. Als bewußte Provokation und niveauloser Wahlkampfsager hat diese Meldung neben allen anderem aber der Sache selbst einen Dienst erwiesen, und zwar indem dieses Thema damit zu einem europäischen Thema geworden ist. Indem die schockierende Ausdrucksweise von Zeman, der letztendlich zur EU nichts anderes gesagt hat, als wir wollen Mitglied werden, aber wir pfeifen auf alle Rechtsgrundlagen und Spielregeln, die es braucht, um Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein, heute dazu geführt haben, daß nicht nur die Medien, sondern auch die Europäische Staatengemeinschaft sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Zeman hat es durch seine Uneinsichtigkeit geschafft, das Thema der Vertreibung, das Unrecht der Beneš-Dekrete wieder in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Und die Öffentlichkeit ist aufgewacht!

Die Vision des erweiterten Europas unter Einbeziehung Tschechiens heißt, daß ein Beitrag von beiden Seiten geleistet werden muß. Ich glaube, daß Österreich in der Vergangenheit sehr viel zum gegenseitigen Verständnis beigetragen hat. Weiters denke ich, daß wir auch innerhalb der EU einen großen Beitrag zu leisten haben, daß wir aber auch von der tschechischen Regierung verlangen können, daß sie gutnachbarschaftlich auch die Interessen Österreichs berücksichtigt. Diese Berücksichtigung ist in allen Fragen, die für die Nachbarschaftspolitik gefordert sind, wichtig. Da ist zum einen die Frage des Atomkraftwerks Temelin, zu der in den letzten Wochen eine große Zahl von Österreicherinnen und Österreichern ihre Sorge geäußert haben.

Andererseits fällt es mir schwer, nachzuvoll-

ziehen, wie jemand auf gute Nachbarschaft hoffen kann, der noch nach fünfzig Jahren die schlimmen Verbrechen seines Volkes gutheißt und anderen Regierungen zu einer ähnlichen Handlungsweise rät. Die Uneinsichtigkeit besteht ja nicht nur darin, daß man das Unrecht und die Menschenrechtswidrigkeit der Beneš-Dekrete nicht einsieht. Jawohl, die Aussage Zeman bei seinem Besuch in Israel hat nicht umsonst für einen Aufschrei unter Ihnen gesorgt. Unter Ihnen – meine Damen und Herren – die Sie, oder Ihre Eltern dieses schreckliche Schicksal der Vertreibung aus der angestammten Heimat erleiden mußten. Den Israelis zu raten, daß sie mit den Palästinensern so verfahren sollen, wie einst die Tschechen mit den Deutschen, ist ja wohl wirklich ein starkes Stück!

Aber es gibt auch andere, versöhnlichere Stimmen, die auch Beachtung finden müssen. Der tschechische Präsident Havel sprach sich gegenüber einem Prager Radiosender für ein „emotionsfreies Nachdenken“ über die Vertreibung aus. Außenminister Jan Kavan hatte zuvor eine „humanitäre Geste“ gegenüber manchen Sudetendeutschen als Möglichkeit erwähnt. Zugleich betonte er jedoch, die von dem damaligen Präsidenten Edvard Beneš erlassenen Dekrete blieben Bestandteil der tschechischen Gesetzgebung.

Die Beneš-Dekrete sind kein totes Recht! Vielmehr sind sie noch immer gelebtes Unrecht! Sie sind immer noch Grundlage für Entscheidungen von Bezirksgerichten, Landesgerichten, dem Obersten Gerichtshof und dem Verfassungsgerichtshof in Tschechien und der Slowakei, die immer noch aufgrund dieser Dekrete Entscheidungen fällen und die immer noch in der Verfassung der beiden Länder verankert sind. Das ist das Unrecht, welches es zu beseitigen gilt, vor einem Beitritt zur Europäischen Union.

## Haß hat in Europa keinen Platz mehr

Beneš, über den der von mir schon erwähnte Otto von Habsburg kürzlich sagte, er war ein „Genie des Bösen“. Dieser große Österreicher definiert den tschechischen Politiker als „einen zwar intelligenten Politiker mit großem Einfluß, aber auch als einen von Haß getriebenen Nationalisten“.

Dieser Haß hat sich in Manchen leider bis heute bewahrt und dieser Haß ist etwas, was am Beginn des 21. Jahrhunderts in einer europäischen Friedensordnung überhaupt keinen Platz mehr hat. Und alle, die das noch nicht begriffen haben, haben in dieser europäischen Ordnung auch keinen Platz – und das sage ich ganz deutlich an die Adresse des Herrn Zeman, der einfach nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt hat.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es die Österreichische Bundesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und allen voran die Freiheitliche Partei Österreichs war, die als erste Partei deutliche Worte fand und die Aufhebung der Beneš Dekrete zur Zielsetzung des Regierungsprogramms gemacht hat. Dies wurde in der Vergangenheit nicht immer mit diesem Nachdruck vertreten.

Es hat in den letzten Jahren auch außenpolitische Berichte gegeben, wo diese Frage gar keine Erwähnung mehr gefunden hat, und wo man auch nicht den Eindruck gehabt hat, daß diese Frage mit dem Nachdruck, den sie braucht, um sie auch durchzusetzen, vertreten wurde. Es ist aber auch eine Frage der Rechtsordnung der EU:

Die Kopenhagener Kriterien aus dem Jahr 1992 bezeichnen die Wahrung der Menschenrechte, die Einhaltung der Menschenrechte und die Achtung und den Schutz der Minderheiten ganz klar als Beitrittsvoraussetzung für den Weg in die Union. Mit den gleichen Argumenten, nämlich daß diese Kriterien auch Voraussetzung für den Beitritt sind, wird ja zum Beispiel über den Beitritt der Türkei zur EU diskutiert. In diesem Fall wird ganz klar gesagt, solange die Türkei die Menschenrechte nicht erfüllt, ist ein Beitritt nicht möglich. Es kann keine geteilten Menschenrechte geben, und das muß selbstverständlich für alle gelten, auch für die Tschechische Republik.

Und die Tschechische Republik ist sich ja der Brisanz der Dekrete bewußt. Warum glauben Sie, hat der Oppositionschef Klaus eine Absicherung dieser schändlichen Rechtsnormen im Zuge der Erweiterungsverhandlungen verlangt? Da muß ich sagen, daß er überhaupt nicht begriffen hat, was Rechtsstaatlichkeit überhaupt bedeutet und was Menschenrechte bedeuten.

Es ist unglaublich, daß in den Beneš-Dekreten heute noch immer das Wort „Vogelfrei“ erwähnt wird, da muß man sagen, daß das mit einer modernen Demokratie in dieser Zeit nicht das geringste zu tun hat. In einem Land im Herzen Europas wie Tschechien kann man doch nicht heute allen Ernstes noch die Ansicht vertreten, daß eine Rechtsordnung Bestimmungen enthalten kann, wo Menschen aufgrund einer ethnischen Zugehörigkeit für vogelfrei und damit für rechtlos erklärt

werden können. Das ist ein Punkt, den wir so nicht dulden können und wo wir auch auf europäischer Ebene klarmachen müssen, daß das nicht geduldet werden darf.

## Worte allein sind nicht genug

Ich darf hier nochmals kurz Václav Havel zitieren, der als einer der wenigen schon oft für die Versöhnung eingetreten ist:

Václav Havel anläßlich einer Rede am 15. 3. 1990 auf der Prager Burg anläßlich des Besuchs des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Prag:

„Sechs Jahre nazistischen Wütens haben zum Beispiel ausgereicht, daß wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, daß wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, daß wir uns – in gerechter, aber auch übertriebener Empörung – uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan.“

Diese Einsicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wünschen wir uns nicht nur von der tschechischen Regierung, sondern wir erwarten uns auch, daß dieser Einsicht entsprechend gehandelt wird. Worte allein sind nicht genug.

Ich würde mir diese Einsicht aber auch von einigen österreichischen Politikern wünschen: Wir haben ja vor einigen Wochen im Parlament wieder einmal einen Mißtrauensantrag gegen diese Bundesregierung gehabt, den mittlerweile elften, was auch die Bedeutung dieses Instruments zeigt. Eingbracht von den Grünen, un-

terstützt von den Sozialdemokraten im Parlament: Die Begründung dieses Entschließungsantrags kritisiert im zweiten Punkt die Haltung dieser Bundesregierung zu den Beneš-Dekreten. Ich muß mich fragen, was Geistes Kinder denn hier am Werk sind? Im ersten Punkt ist dann die kritische Haltung dieser Bundesregierung gegenüber der Tschechischen Republik im Bezug auf das AKW Temelin angeführt. Im zweiten Punkt heißt es dann: Durch die Junktimierung der Aufhebung der Beneš-Dekrete mit den EU-Beitritt Tschechiens. Deshalb sollte dieser Bundesregierung das Mißtrauen ausgesprochen werden. Im Text heißt es dann weiter: „Plötzlich wurde ein neuer Umgang mit diesen Dekreten gesucht, der ganz deutlich von den alleinigen Interessen der FPÖ geprägt ist, ohne die Zusammenarbeit mit den betreffenden Staaten Tschechien und der Slowakei zu suchen.“ Hier gibt es keinen plötzlichen neuen Umgang, sondern für die FPÖ nehme ich in Anspruch, daß wir diesen Standpunkt immer schon vertreten haben, und daß die Zusammenarbeit mit Tschechien und der Slowakei von uns aus immer beabsichtigt war, aber daß man dort eben auch die entsprechenden gesprächsfähigen Partner haben muß. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, daß es sowohl mit der Slowakei als auch mit Slowenien sehr konstruktive und gute Gespräche gibt. Dort gibt es nicht diese Blockade, wo man sagt, da reden wir gar nicht darüber, weil das geht niemanden etwas an. So wird zum Beispiel gerade in Slowenien in einer Historikerkommission die Vergangenheit aufgearbeitet. Weiters muß man sagen, daß sich die slowenische Regierung auch nicht verschließt, die Frage der Vermögensrestitution zu behandeln, sondern dort auch selbstverständlich aktiv ist und in ihrer Rechtsordnung die entsprechende Vorsorge für Restitutionsfragen auch getroffen hat.

## Es geht nicht darum, den EU-Beitritt zu verhindern

Es gibt noch eine Reihe von österreichischen Politikern, die die Ansicht vertreten, Tschechien sollte der EU beitreten und danach könnte man die Frage der Beneš-Dekrete leichter lösen. Mit der Begründung, daß dann die EU-Rechtsordnung auch für Tschechien gelte, und dann könnte man sie ja beim Europäischen Gerichtshof einklagen. Also liebe Freunde, ich bin der Meinung, jemand der Mitglied der EU werden möchte, und der geklagt werden muß auf die Europäischen Menschenrechte, erfüllt die Voraussetzungen nicht, die notwendig sind, um Mitglied der EU zu werden. Daher bekennen wir uns dazu, daß diese Fragen vor dem Beitritt Tschechiens geklärt werden müssen. Das Risiko ist auch zu groß, wenn man dann einen mehrjährigen Rechtsweg beim Europäischen Gerichtshof beschreiten muß, wo man nicht genau weiß, was herauskommt. Schließlich ist es auch unwürdig für die Tschechische Republik und es ist auch unwürdig für die EU, daß man eigene Mitglieder klagen muß, damit die Menschenrechte akzeptiert werden. Es geht uns nicht darum, den Beitritt Tschechiens zur EU zu verhindern, sondern es liegt an der tschechischen Regierung, die Voraussetzung für den Beitritt zur EU zu schaffen. Es gibt eine ganze Reihe an Voraussetzungen, die jedes Mitglied erfüllen muß, um der EU beitreten zu können. Alle möglichen Standards im Umwelt-, Menschenrechtsbereich, Sozialbereich usw.; die Menschenrechte sind eine selbstverständliche Voraussetzung dafür.

Nach den furchtbaren Verbalattacken der letzten Wochen durch Herrn Zeman ist nun aber endlich auch Europa erwacht. Und hier wird sich zeigen, daß diese Schanddekrete nicht mit den Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union vereinbar sind! Der aquis communautaire ist zu erfüllen – und zwar von jedem Beitrittsland. Das ist etwas, das man mit Fug und Recht verlangen kann, das ist auch im Interesse Tschechiens. Nämlich daß Menschenrechte zu einer selbstverständlichen Grundlage gemacht werden.

Nachdem die derzeitige tschechische Regierung, so wie wir das auch in der letzten Zeit erlebt haben, kein Gesprächspartner in diesen Fragen ist, wird man mit einer neuen Regierung

Fortsetzung auf der nächsten Seite





Fortsetzung von Seite 6

nach der tschechischen Wahl noch einmal deutliche Worte reden, und diese deutlichen Worte erwarte ich mir auch von der EU, weil es hier ja darum geht, daß Europa insgesamt glaubwürdig sein muß, wenn es darum geht, Europa nicht nur als Friedensordnung, sondern auch als Ordnung der Rechtsstaatlichkeit entsprechend zu verwirklichen.

Die Voraussetzungen dafür sind nicht so schlecht, wenn wir uns die Diskussionen in Europa ansehen, dann haben wir viele Verbündete in dieser Frage. In Deutschland, in Bayern, wo diese Frage auch aufgrund der vielen Sudetendeutschen, die dort leben, immer schon ein großes und wichtiges Thema war und ist. Auch der deutsche Bundeskanzler hat jetzt ein bißchen dazugelernt. Früher hat er diese Frage nicht besonders ernst genommen, doch jetzt hat er sogar einen Besuch in Tschechien aus folgender Begründung abgesagt: Die Art und Weise, wie Zeman sich über die Sudetendeutschen geäußert hat, ist etwas, was in einem Europa der Rechtsstaatlichkeit so nicht akzeptiert werden kann. Und wir haben auch gesehen, daß beim letzten Gipfel auch der ungarische Premier Viktor Orban diese Frage dort zu einem großen Thema gemacht hat. Es wird ja immer vergessen, daß es auch Angehörige der ungarischen Bevölkerungsgruppe waren, die aufgrund dieser Dekrete enteignet und brutal vertrieben worden sind. Der Gipfel ist dann geplatzt, weil die Tschechen gesagt haben, das lassen wir uns nicht gefallen. Aber das zeigt uns, daß wir Verbündete in Europa in dieser Frage haben. Gemeinsam werden wir in dieser Frage weiterkämpfen und nicht aufgeben.

**Wir reden nicht nur, sondern wir handeln**

Ich kann Ihnen nur versprechen, daß es dieser Bundesregierung, besonders den Freiheitlichen, in dieser Frage nicht um Sonntagsreden geht. Wir reden nicht nur, sondern handeln. Das haben wir mit der Vertriebenenstiftung bewiesen, wo wir auch unseren Beitrag seitens des Bundes geleistet haben (mit 55 Mio. zu diesen 100 Mio.) Ich bin froh, daß die Landeshauptleute ihre Zustimmung zu diesem ganz wichtigen und großen Anliegen gegeben haben. Es hat zwar lange gedauert, aber immerhin hat diese Bundesregierung in relativ kurzer Zeit – ich glaube es war nicht einmal ein Jahr – bis wir diesen Beschluß gefaßt haben, auch auf massives Drängen des NR Dr. Martin Graf, der den Finanzminister auch entsprechend immer wieder gedrängt hatte. Wir müssen uns auch immer wieder bewußt machen, das sage ich ganz besonders an die Adresse der Medien, daß Geschichte nicht etwas Abstraktes ist. Ich höre auch das Argument, ob es wirklich notwendig ist, so etwas wie die Beneš-Dekrete so viele

Jahre später noch zu thematisieren, und wäre es nicht besser, die Vergangenheit Vergangenheit sein zu lassen? Mir ist hier immer besonders wichtig, daß man auch bewußt machen muß, daß auch in den Medien, und zwar in den letzten Wochen Gott sei Dank einiges, in der Berichterstattung passiert ist. Denn es geht nicht nur darum, irgendwelche Fragen der Rechtsordnung zu diskutieren, sondern es geht auch um das Schicksal von Menschen. Viele, die ihr Leben verloren haben oder verlieren mußten, viele, die großes Leid in ihren Familien erlitten haben und die auch Zeitzeugen der Ereignisse sind. Diese Schicksale müssen wir uns vor Augen halten, damit man auch versteht, warum es so wichtig ist, nach mehr als fünfzig Jahre danach dieses Thema nicht einfach zu den Akten zu legen.

Ich kann Ihnen versichern, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir in der Bundesregierung empfinden es als unsere Verpflichtung, immer wieder auf dieses Unrecht hinzuweisen und auch das individuelle Schicksal dieser Menschen nicht zu vergessen. Es ist unsere Verpflichtung, dies auch in unser Handeln einfließen zu lassen.

Vieles ist zur Geschichte gesagt worden und jeder Politiker sagt, daß er aus der Geschichte gelernt hat. Die großen Staatsdenker haben immer für sich in Anspruch genommen, aus der Geschichte gelernt zu haben. Aber aus der Geschichte lernen, heißt mehr als bloße verbale Bekenntnisse. Es heißt nicht zuzulassen, daß sich die Verweigerung von Gerechtigkeit in unser Handeln einschleicht. Man darf nicht verschiedene Klassen von Opfern schaffen, darf weder die einen, noch die anderen Verbrechen zudecken. Aus der Geschichte lernen, heißt weiter Geschichtsinterpretation nicht zu einem Fest von Rechthaberei und intellektuellen Bürgerkriegen zu machen, wie das in Österreich in den letzten Jahren viel zu oft der Fall gewesen ist. Ehrlichkeit und Gerechtigkeit für alle Seiten ist angesagt.

Wenn wir heute der 54 Opfer des 4. März 1919 gedenken, die für das Selbstbestimmungsrecht und die Zugehörigkeit zu Österreich gestorben sind. Wenn wir einen Bogen spannen von der Abtrennung der Sudetengebiete bis zu unserer Zeit, die ein geeintes und friedliches Europa vor Augen hat! Wenn wir die Vorkommnisse und Wortmeldungen der letzten Wochen Revue passieren lassen, so kann man nur zu einem Schluß kommen! Eine Lösung zu finden, ist das Gebot der Stunde, um ein friedliches Miteinander in einem neugestalteten Europa leben zu können. Wir werden uns für diese Lösung einsetzen, um endlich mit ganzer Kraft und mit dem ganzen Druck, der auch notwendig ist, jahrzehntelanges Unrecht zu beseitigen und soweit es überhaupt möglich ist, wiedergutmachen. Danke!

## Französisches Kulturinstitut zeigt Interesse



Am 25. März d. J. informierten sich die Herren Jean-Marie Perinetti und Christophe Carol im „Haus der Heimat“ in Wien über die Sudetendeutsche Frage. Gerhard Zeihsel, Alfred Bäcker und Horst Mück (Sdd. Dokumentationsarchiv) standen den sehr interessierten jungen Franzosen Rede und Antwort. Sie überbrachten auch eine Kopie aus der französischen Zeitung „Liberation“, wo unser Thema behandelt wurde. Interessantes Detail am Rande: Das Bild dazu mit Hakenkreuzfahne und jubelnder Bevölkerung ist eindeutig als Innsbruck zu erkennen! Wahrscheinlich noch aus der französischen Besatzungszeit in Tirol mitgenommenes Bildmaterial wurde hier verwendet! Übliche Fälschung, um die Sudetendeutschen anzuputzen.

## Totengedenken in Wien

**Wie jedes Jahr, gedachte die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch heuer der 54 Toten, die am 4. März 1919 dem Blutbad in Kaaden zum Opfer gefallen waren. Bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung am 9. März im Kongreßhaus in Wien-Margarethen wurde folgendes Totengedenken gesprochen:**

Hohe Versammlung! Das heutige Gedenken ist nicht ausschließlich den Opfern ihrer Treue zu Österreich vom 4. März 1919 gewidmet, sondern gilt auch allen Landsleuten, die durch viele Jahrhunderte der Heimat brav und ehrlich gedient haben.

Einst hieß es für Neusiedler: Den ersten der Tod, den zweiten die Not und den dritten das Brot.

Wir gedenken also all jener, die – auf Wunsch und Einladung der böhmischen Könige – das Land besiedelt haben und aus einer Wald- und Sumpfwüste, aus unbesiedeltem Gebiet, einen blühenden Garten gemacht haben.

Bauern, Bergleute, Holzarbeiter waren die ersten, die ihre Kraft und ihr Leben hingaben für die alten Reichsländer Böhmen und Mähren.

Zahllose Städte wurden gegründet nach deutschem Stadtrecht, und es ist kein Zufall, daß die erste deutsche Universität gerade im goldenen Prag gegründet wurde, damals Sitz der Kaiser aus luxemburgischen Geschlecht.

Geschlossen wurde diese einzigartige Institution europäischen Geistes allerdings brutal: Offiziell durch Dekret im Mai 1945, verbunden allerdings mit der Ermordung des Rektor magnificus durch einen entmenschten Pöbel.

Und so gedenken wir all der Mitglieder der alma mater carolina wie auch derer anderer Hoher Schulen, wie etwa in Brünn oder Pöbel.

Nicht zu vergessen auch der vielen Regimenter der alten Armee, die in treuer Pflichterfüllung – und schon damals europäisch – ganz im Sinne des Prinzen Eugen, ihren Einsatz, ihre Kraft und auch ihr Leben gegeben haben in jedem Krieg, der Europa verheerte.

Als dann die alte Monarchie an ihrem Ende war und man von seiten der Sieger den Völkern im sogenannten Völkerkerker Selbstbestimmung versprach, da waren es die Deutschen dieses Staates, die als Letzte zur Eigenstaatlichkeit fanden und dem neuen, dem Restgebilde den Namen Deutsch-Österreich gaben. Das aber war insbesondere den Tschechen nicht recht, Selbstbestimmung, auch für die Deutschen, das durfte nicht sein! Und so mußten denn die deutsch-böhmischen und deutsch-mährischen Abgeordneten aus dem Haus an der

Ringstraße ausziehen, ehrenvoll und resigniert, verabschiedet von ihren Kollegen aus Binnenösterreich.

Das deutsche Volk in Böhmen, Mähren und Schlesien aber fand sich zusammen zu friedlichen Demonstrationen, zu denen der Sozialdemokrat Josef Seliger aufgerufen hatte: Man wollte bei Deutsch-Österreich bleiben.

In diese friedlichen Demonstrationen feuerte tschechische Soldateska, wohl der Geisteshaltung des unseligen IR 28 und der Legion, feuerte in die Menge, und auf dem Platze blieben 54 friedliche Demonstranten als Tote, als Blutzengen demokratischer Gesinnung, die an das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen geglaubt hatten. Ehre ihrem Angedenken!

Was in der Folge geschah, ist bekannt: Die Deutschen wurden in den tschechischen Staat vereinnahmt, erhielten gegen ihren Willen die tschechische Staatsbürgerschaft. Die Versprechungen, man werde aus der Tschechoslowakei eine zweite Schweiz machen, waren wert- und haltlos, die Deutschen waren Bürger zweiter Klasse, ganz wie die Madjaren und sonstige Minderheiten, in einem neuen Völkerkerker.

Nicht die Liebe zu den Nazis hat 1938 die überwältigende Zahl unserer Landsleute auf die Straße getrieben und zum Jubel veranlaßt, es war offensichtlich die Erleichterung, nach zwanzig Jahren Unterdrückung wieder frei zu sein.

Freilich, diese „Art der Freiheit“ hatten sie weder gewünscht noch herbeigesehnt. Und die Folgen der nächsten sieben Jahre waren nicht absehbar. Und dann 1945: Was Deutsch war in Böhmen, Mähren und Schlesien, war vogelfrei. Sieben Jahre Drittes Reich haben den Tschechen als Ausrede gedient, siebenhundert Jahre Reichsgeschichte einfach vom Tisch zu wischen.

Nicht nur die unsere Volksgruppe betreffenden Beneš-Dekrete sind schuld am Unglück der Sudetendeutschen, nein, auch das Amnestiegesetz aus dem Mai 1946, das alle Untaten an Deutschen und Madjaren straf-frei stellte.

Ob ein derartiges Verhalten oder gar das Verteidigen desselben heute noch eines alten Kernlandes Europas würdig ist, möge Europa in seiner Gesamtheit beurteilen und bewerten.

Wir aber gedenken heute auch und vor allem der mehr als 240.000 Opfer der Vertreibung, der Opfer des Völkermordes an unserer Volksgruppe, der Opfer des Todesmarsches der Brünnener Deutschen ebenso wie all derer, die überall im weiten Land dem sinnlosen Wüten von Unmenschen zum Opfer gefallen sind.

Ihr Zeugnis bleibt ewig in unseren Herzen!

## Sudetendeutsche haben sich schon vor 50 Jahren von Nazis distanziert

Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), EU-Abgeordneter Bernd Posselt, hat sich in einer Erklärung von den „Schandtaten“ des NS-Regimes im ehemaligen Protektorat Böhmen und Mähren distanziert und sich für den „Anteil der Sudetendeutschen“ beim tschechischen Volk entschuldigt.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) nimmt diese Aussagen zum Anlaß, um den von den österreichischen Medien immer wieder erhobenen Vorwurf zurückzuweisen, daß sich die Sudetendeutschen bisher nicht klar und deutlich vom NS-Regime distanziert hätten. Die SLÖ verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Charta der Heimatvertriebenen und auf die zahlreichen Aussagen, die seit 1950 bei den Sudetendeutschen Tagen zur Thematik der sudetendeutschen Geschichte nach dem Münchener Abkommen in Deutschland und Österreich gemacht worden sind.

Der Bundesvorsitzende der SLÖ, Gerhard Zeihsel, erklärte in einer ersten Reaktion zu den Worten von Bernd Posselt: „Ich erwarte mir als

Vorsitzender der Sudetendeutschen in Österreich, daß die Aussagen des Bundesvorsitzenden endlich einmal von den österreichischen Medien als Worte der Entschuldigung und der Distanzierung registriert und anerkannt werden. Die SLÖ verlangt aber, daß die Sudetendeutschen nicht länger pauschal als Nazis bezeichnet werden, und endlich einmal von den deutschen, österreichischen und tschechischen Historikern in der Öffentlichkeit aufgezeigt wird, ob und welche Verbrechen oder Schandtaten von den Sudetendeutschen während der NS-Zeit im Protektorat Böhmen und Mähren verübt worden waren, die die Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen rechtfertigen.“

Verband der Südmährer in Oberösterreich

### EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

am Samstag, 6. April 2002, 14.30 Uhr, im Kolpinghaus, Linz, Gesellenhausstr. 1-7.



# Podiumsdiskussion über EU-Osterweiterung: „Wege zu einem gemeinsamen Europa“

Unter diesem Titel veranstaltete das Bildungs- und Heimatwerk (BHW) Niederösterreich mit der Gesellschaft für Politische Bildung am 21. März in Hagenbrunn eine Podiumsdiskussion. Es diskutierten: Professor Klaus Emmerich, ÖR Rudolf Schwarzböck, Präsident der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Fürst Karl Schwarzenberg, Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Arbeiterkammer Wien und Alfred Bäcker, BO-Stellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft, unter Moderation von Dr. Günter Kienast, 1. Landesvorsitzender des BHW Niederösterreich.

Prof. Emmerich stellte in seinem Eröffnungsstatement fest, daß die Politik Antworten schuldig bleibt, statt reinen Wein einzuschenken. Der gegenwärtige Umgangston wäre in der Vergangenheit ein Kriegsgrund gewesen, so zum Beispiel betreibe man in der Frage Temelin Volksverdummung, weil Österreich ja Euratom-Mitglied sei. Für ihn stelle sich die Frage, ob die Hoffnungen erfüllt werden können, ob zum Beispiel das Pendler-Problem gelöst werden könne und ob eine saubere Regelung von Vergangenheit und Gegenwart möglich sei.

Präsident Schwarzböck berief sich auf Studien von WIFO und LWK, wonach man das Gesamtprojekt beurteilen müsse, das ein „stimuliertes Konzept“ aufweise und eindeutige Vorteile für Österreich bringe. Zwar stehen die Verhandlungen über Finanzen, Struktur und Landwirtschaft erst bevor, doch sind die Vorschläge des Ldw.-Kommissars mit Aufwendungen von zwei bis 1,25 Prozent des BIP oder S 300.– pro Steuerzahler sicher geeignet, die Herausforderung anzunehmen, wenn man die bestehenden tiefen Verbindungen mit den Nachbarn bedenkt.

Karl Schwarzenberg meinte, daß ihm die Lesart EU-Erweiterung (nicht Ost...), weil Prag ja westlicher als Wien sei) lieber wäre und es sich ja eigentlich um Verwandte handle, die gemeinsame Interessen haben. Er übersähe nicht die Probleme und die Last der Vergangenheit, doch zeigen die wirtschaftlichen Interessen einen eindeutigen Zuwachs aufgrund der Öffnung. Es muß auch bedacht werden, daß die wirklichen Interessenslage in der Gemeinsamkeit der Kleinstaaten gegen den Einfluß der Großstaaten besteht; somit seien abgesehen von den Problemen der Vergangenheit, die man sachlich und vorurteilsfrei behandeln müßte, nur gegenseitige Vorurteile in einer Erweiterung gelegen.

Präsident Tumpel sagt zu einer Erweiterung und zu einer Wirtschaftsunion auf lange Sicht ja, tritt aber für mehr Ehrlichkeit in der Diskussion ein und verwahrt sich gegen eine Sozialunion, die derzeit nur zu einem Sozialdumping führt.

Ihm wäre eine Vertiefung vor einer Erweiterung wichtiger gewesen, weil er nicht glaubt, daß die Diskussion mit zehn neuen Staaten leichter wird. Er verwies auf die ausstehende Institutionsreform und daß die Finanzierbarkeit derzeit nur bis 2006 festgelegt und nachher fraglich sei. Er sei für die österreichischen Arbeitnehmer verantwortlich und muß wenigstens auf der siebenjährigen Schutzklausel des Arbeitsmarktes bestehen. Derzeit profitieren nur einzelne Gruppen, wie der Handel oder die Banken, aber der Investitionsstoß in den Aufnahmelandern sei realistisch nicht zu erwarten, weil die verwertbaren Investitionen schon erfolgt seien und problematische Industrien, wie zum Beispiel die Stahlindustrie, übrig bleiben. Er erinnerte, daß der Marshallplan seinerzeit 4 Prozent des BIP der USA für Europa vorsah, während die EU gerade 0,04 Prozent aufwende. Daher sei er der Meinung, daß wesentlich mehr Mittel für den Strukturwandel in den MOEL-Staaten, zum Beispiel auch durch eine Umschichtung der Mittel des sogenannten Kohäsionsfonds von Süd nach Ost, aufgewendet werden müssen, weil es diese Volkswirtschaften auf lange Zeit allein nicht schaffen.

Alfred Bäcker erinnerte daran, daß die Heimatvertriebenen sich schon in ihrer Charta von 1950 zu einer europäischen Einigung bekannt haben, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt dennoch Bedenken hätten, weil sie die Bedingungen zum Zusammenleben von Nationen aufgrund ihrer Erfahrungen realitätsnäher beurteilen. Für ein zukünftiges Europa sei die mentale Gesinnung entscheidend, die sich zur Zeit noch in einer gänzlich verschiedenen Rechtsauffassung – was die Beneš-Dekrete und den dadurch ermöglichten Völkermord an den Deutschen und Ungarn betrifft – äußert. Ohne gerechte Lösung der Probleme der Vergangenheit könne eine funktionierende Integration dieser Länder nicht erwartet werden.

Prof. Emmerich meinte daraufhin, daß man sich mehr der Zukunft zuwenden müsse und nicht wieder bei der Schlacht am Weißen Berg in der Vergangenheit anfangen dürfe. Auch Schwarzenberg meinte, daß die jetzige Generation der 35- bis 40jährigen in der CR für diese Probleme nicht verantwortlich sei und die historische Bewältigung viel mehr Zeit braucht, wenn man sich diesbezügliche Debatten in Deutschland und Österreich anschaut und außerdem dürfe man nicht die Vorgeschichte der Vertreibung vergessen. Ansonsten glaube er nicht an große Wanderungsbewegungen, wie sich das ja schon in der Süderweiterung gezeigt habe. Natürlich wird es immer Mentalitätsunterschiede

geben, was ja auch bei der DDR der Fall war, doch wären soziale Grenzen ein Widerspruch zum gemeinsamen Europa.

Präsident Tumpel verstärkte seine Skepsis an Hand von Beispielen und betonte, daß ihm auch die Probleme der Rechtsanpassung wichtig seien, während Präsident Schwarzböck zwar das persönliche Leid der Vertriebenen bedauerte, aber zum dynamischen Prozeß der Erweiterung optimistisch eingestellt blieb.

In einer kurzen Publikumsrunde betonte Reiner Elsinger, daß die Aufnahmekriterien der EU unbedingt einzuhalten sind. Das gelte sowohl für die Rechtsanpassung und damit die zwingende Annullierung der Beneš-Dekrete, als auch für die wirtschaftlichen Kriterien. Diesbezüglich teile er die Skepsis von Präsident Tumpel, denn schließlich habe die CR von den elf Jahren der Freiheit in sieben Jahren ein „Minuswachstum“, woraus man schließen kann, daß sie aus eigener Kraft die Bedingungen nicht erfüllen wird. Man solle die Bevölkerung ehrlich informieren und „reinen Wein“ einschenken und nicht die Probleme „schönreden“, zum Beispiel angesichts von 16 bis 20 Prozent unqualifizierten Arbeitslosen an der Grenze in Südmähren, oder der Verkehrsprobleme auf der Brünner Straße, wie es in Hochglanz-Broschüren und zum Beispiel in einer Studie der Gesellschaft für Europapolitik geschieht, die von einem ganz dürrtigen Telefoninterview von einem Promille Befragten und 19 Bürgermeister-Interviews ausgeht und daraus positive Schlüsse zieht. Hans Steinhauer fragte Präsident Schwarzböck, was er dazu sagen würde, wenn er von einer Stunde auf die andere Haus und Hof verlassen müßte?

Jedenfalls hat das BHW Niederösterreich einen wichtigen Beitrag zur Information der Bevölkerung geliefert.

## Notwendige Erwiderung

Die unhaltbaren Äußerungen tschechischer Politiker wie Zeman, Klaus, Zahradil u. a. zu den Rechten der heimatvertriebenen und heimatverbliebenen Sudetendeutschen wurden bei einer heimatpolitischen Tagung vom 17. bis 22. März 2002 am Heiligenhof bei Bad Kissingen eingehend behandelt. Seitens der Teilnehmer und namens ihrer Verbände empfehlen die unterzeichneten Vorsitzenden:

1. Städtepartnerschaften seitens der SL-Heimatkreise bis auf weiteres ruhen zu lassen, insbesondere keine neuen abzuschließen.

2. Spenden für Renovierungen in der Heimat sehr kritisch und zurückhaltend zu behandeln.

3. Busfahrten in die Heimat nicht als Vergnügungsfahrten, sondern nur zur Begegnung mit unseren Landsleuten in der Heimat durchzuführen.

SL-Heimatlandschaft Elbetal und SL-Heimatkreis Tetschen-Bodenbach

gez. **Josef Schiffner**

SL-Heimatlandschaft Altvater

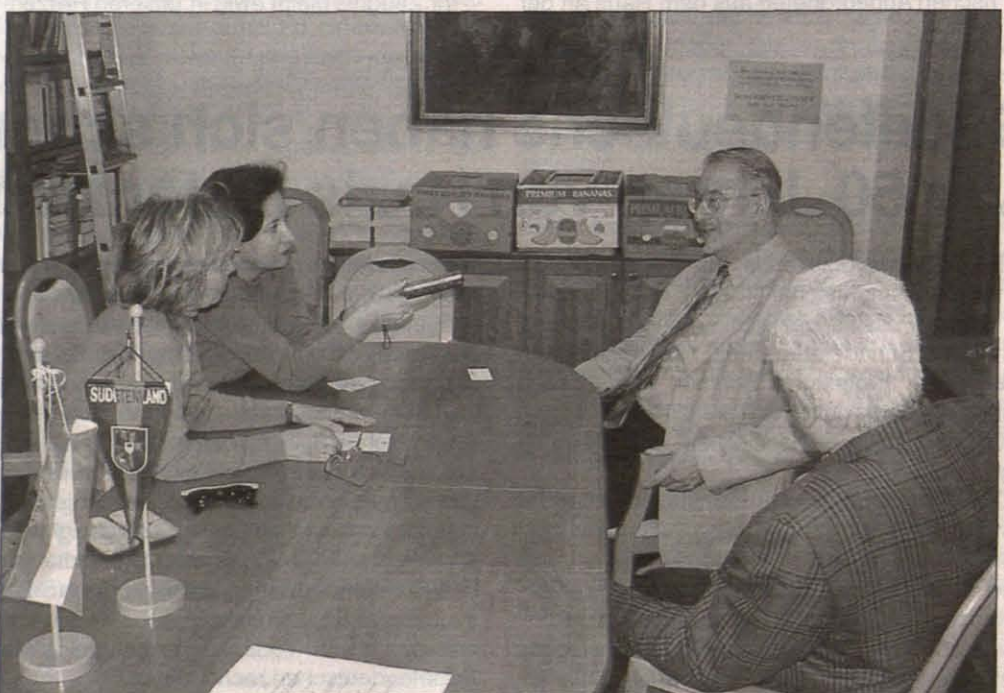
gez. **Roland Schnürch**

Verband der Deutschen Nordmähren-

Adlergebirge

gez. **Walter Sitte**

## Radio žurnál im „Haus der Heimat“



Das Interesse am Sudetendeutschen Problem ist in den letzten Monaten sehr groß und man sucht den Kontakt mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich als Sprecherin für die Landsleute in Österreich. Bundesobmann Gerhard Zeihsel, Bundesobmann-Stellvertreter Alfred Bäcker und Horst Mück (Sudetendeutsches Dokumentationsarchiv) bestritten viele Interviews. Auch aus dem Ausland wurden wir kontaktiert: Das finnische und tschechische Fernsehen, die größten Wochenzeitungen Ungarns und Dänemarks waren bei uns. Oft werden auch „Telefoninterviews“ zu aktuellen Fragen von Rundfunk und Zeitungen gemacht.

## „Heimatliche Küchengeheimnisse“

VON GERTRUDE KREIPEL

### Gebackenes Kitzlein

Ein Kitz wird nach dem Enthäuten gewaschen, in gefällige Portionen geteilt und in einer Panade aus Mehl, Eiern und Semmelbröseln gewendet. In einer Bratpfanne zwei Fingerbreit Öl erhitzen, die panierten Fleischstücke einlegen und im Rohr bei mittlerer Hitze ausbacken. Tip: Während des Ausbackens öfters wenden, damit die Panier nicht hart wird und austrocknet.

## Strafrechtliche Verfolgung

Zu der „Sudetenpost“-Meldung in Folge 5/02, „Verdacht des Völkermordes durch tschechischen Premier Zeman?“, erfahren wir, daß auch der Benrather Kreis eine völkerstrafrechtliche Prüfung der von Zeman in Prag und Israel gemachten Äußerungen angestoßen hat.

Nach § 6 StGB gilt das bundesdeutsche Strafrecht, unabhängig vom Recht des Tatortes, für „Völkermord (§ 220a)“. Neben dem fortbestehenden – weil noch nicht wiedergutmachten – Genozid (Völkermord) der Vertreibung muß auch Art. III Buchstabe c der Völkermord-Konvention in die Waagschale geworfen werden, der die „unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord“ unter Strafe stellt.

Vorsitzender Roland Schnürch, hatte in der Debatte der Bundesversammlung mit dem Brief des tschechischen Botschaftsrates Beránek in Wien (s. „Sudetenpost“, Folge 3/02) die Frage gestellt, ob diese Zahlenspielerereien mit den Vertreibungstoten nicht eine Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener darstellen. Ähnliches gilt auch für die kommunistischen Störversuche bei der Eröffnung der „Odsun“-Ausstellung an der Münchener Uni im vergangenen Jahr, und ganz aktuell für Transparente, wie „Sudetendeutsche waren Täter, nicht Opfer“, bei der Eröffnung des Benefizkonzertes „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Frankfurt am Main (Volksverhetzung § 130 StGB). BK

## ODS distanziert sich von Achsen-Gerede

Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) von Václav Klaus hat sich formell von Aussagen Miloslav Bednars distanziert. Der Philosoph hatte kürzlich gesagt, es gebe eine mitteleuropäische Parallele zur „Achse des Bösen“ (laut US-Präsident Bush: Iran, Irak, Nordkorea): Dies sei die gegen die Beneš-Dekrete auftretende Achse Wien – München – Budapest.

Der stellvertretende ODS-Chef Jan Zahradil betonte, daß Bednars Aussage nicht Position der Partei sei. Wenn auch nicht im Wortlaut, so doch im Inhalt liegt Bednar allerdings mit seiner Position gar nicht so weit entfernt von der ODS. Zahradil meinte nämlich auch, daß seine Partei wegen der wiederholten Forderungen bayerischer, österreichischer und ungarischer Politiker nach Aufhebung der Beneš-Dekrete oder sogar nach einer Restitution des Eigentums der Sudetendeutschen verwirrt sei.

## Hetzplakate: Polizei glaubt an Provokation von Tschechen

„Die Sudeten waren und werden wieder deutsch sein“ – seit einiger Zeit tauchen in Tschechien immer wieder Plakate mit diesem – in tschechischer Sprache formulierten – Slogan sowie dem sudetendeutschen Wappen auf. Die tschechische Polizei glaubt allerdings selbst nicht daran, daß es sich dabei um eine Provokation von Sudetendeutschen handeln würde.

Zuletzt wurden solche Plakate in einem Einkaufszentrum im westböhmischen Karlsbad (Karlovy Vary) entdeckt. Auch einige Fahrzeuge der Polizei wurden damit „verziert“. Vor einigen Wochen wurden diese Plakate in einer Prager

U-Bahn-Station gesichtet. Von den Plakatkleber fehlt bislang jede Spur. Die Polizei ermittelt wegen des Tatbestandes der „Unterstützung und Propagierung einer Bewegung, die die Rechte und Freiheiten der Bürger unterdrückt“. Seitens tschechischer Kriminalisten wurde allerdings betont, daß man keinesfalls Sudetendeutsche oder gar die Landsmannschaft hinter dieser Aktion vermute. Vielmehr tippen die Behörden auf eine Provokation einheimischer Nationalisten, die vor den Parlamentswahlen – so wie übrigens die meisten tschechischen Politiker – zwecks Stimmenmache die Stimmung gegen die Sudetendeutschen schüren.



# Eindrucksvolle Gemälde von Gabriele Breit in München zu sehen

Welche Anerkennung die Böhmerwälder Malerin Gabriele Breit unter ihren Landsleuten genießt, zeigte die Beteiligung der Eröffnung der Gemälde-Ausstellung im Alfred-Kubin-Saal des Sudetendeutschen Hauses in München am 19. März. Die Obmänner und Mitglieder einer ganzen Reihe von Kreisgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie viele Landsleute, die der Einladung des Hauses gefolgt waren, erlebten Stunden heimatlichen Gedenkens und künstlerischer Erhebung.

Nach der einstimmigen Begrüßung durch den Kulturreferenten Prof. Dr. Pietsch machte eine umfassende Einführung in das künstlerische Werk durch den sudetendeutschen Philosophen Dr. Helmut Kohlenberger, Universität Wien, alle Zuhörer betroffen.

Es gelang ihm nicht nur eine erhellende Deutung von Leben und Werk der Künstlerin, der er aus ihrem persönlichen Schicksal und der Bezogenheit in ihrem Kunstschaffen gerecht wurde, indem er ihr Urtafel in den verschiedenen Kunstsparten, von der Glasmalerei, Plastik, Ikonen- und Porzellanmalerei bis zur freien malerischen Form bewußt machte, das sie erst nach vielen existentiellen Aufbaujahren zielstrebig entfalten konnte.

Unter ihren kunstbegnadeten Händen werden alle Vorlagen auch in der Abstraktion zur Verkündigung der Heimat.

Er hat aber auch die Antriebe, die im Schicksal der Vertreibung liegen, angesichts der Verdrängung dieses Schicksals in der politischen Wirklichkeit als Notwendigkeit der künstlerischen Berufung allgemein herausgestellt.

Sein Hinweis auf Wenzel Jaksch: „Es gehört zum Pharisäertum unserer Zeit, Menschen, denen Unrecht geschehen ist, als besonders böse Menschen hinzustellen“, diente ihm neben Aussagen tschechischer Dissidenten der frühen Jahre (1968) als Beispiel für die Notwendigkeit, durch Sprache, wie auch durch Kunst insgesamt, der Wahrheit eine Bahn zu brechen.

Die Böhmerwälder Malerin Gabriele Breit ist mit ihrer expressiven Malerei, die bei aller leidvollen persönlichen Erfahrung immer Optimismus verströmt, ein Exponent für diese klärende Offenheit.

Die sehenswerte Ausstellung wird noch bis 30. April d. J. im Alfred-Kubin-Saal des Sudetendeutschen Zentrums in München, Hochstr. 8 (S-Bahn-Station Rosenheimer Platz), immer Montag bis Freitag, 8.00 bis 18.00 Uhr, zu sehen sein. Erhard E. Korkisch

## Noch immer werden dringend Gasteltern für vier Kinder gesucht! Sommerlager in Niederösterreich – wer möchte noch teilnehmen?

Wie schon des öfteren berichtet, findet das diesjährige Sommerlager vom 13. bis 20. Juli in Edling bei Völkmarkt in Südkärnten statt. Teilnehmen können Kinder und junge Leute im Alter von circa 7 bis 15 Jahre aus ganz Österreich – und auch die Freunde der Kinder können dabei mitmachen!

Bereits jetzt liegen uns schon etliche Anmeldungen vor, wiewohl wir aus einigen Bundesländern noch keine Teilnehmer gemeldet bekommen.

Der Lagerbeitrag beträgt nur € 140,-, die Fahrtkosten werden ersetzt! Kinderreiche und sozial Schwache können bei Teilnahme von mindestens zwei Kindern um eine Ermäßigung bei uns ansuchen. Wir werden wieder eine schöne und erlebnisreiche Woche in einer frohen Gemeinschaft bei hoffentlich schönem Wetter verbringen. Interessenten und Eltern von Teilnahmewilligen mögen sich bitte so rasch als möglich bei uns melden (Anschrift siehe nachstehend).

Neben sudetendeutschen (aus Mähren und Österreich-Schlesien) und karpatendeutschen (aus der Zips) Kindern werden wir auch wieder fünf Kinder und eine junge Begleitperson aus Siebenbürgen (junge Siebenbürger Sachsen) bei uns zu Gast haben. So wie bisher, sollen diese sechs Personen schon aufgrund der langen Anreise, so wie in den letzten Jahren, nach dem Sommerlager noch eine Woche lang bei Gasteltern untergebracht werden, und zwar

vom 21. bis 28. Juli! Trotz der vielen Aufrufe konnten bisher nur zwei Kinder untergebracht werden – für die restlichen Kinder und die Begleitperson suchen wir noch immer Gasteltern. Wir ersuchen Gasteltern aus Wien, Niederösterreich, Kärnten und der Steiermark, sich zu melden, die die Kinder samt Begleitperson für eine Woche bei sich unterbringen möchten.

Die sechs Personen sind für den Österreichaufenthalt kranken- und unfallversichert. Die hohen Reisekosten von Kronstadt nach Wien und zurück werden, wie die Kosten für das Sommerlager, von uns getragen.

In all den neun Jahren zuvor hat es mit der Unterbringung bei Gasteltern immer bestens geklappt, dies müßte doch auch heuer wieder möglich sein?

Wir bitten daher um sofortige Bekanntgabe, ob man ein oder mehrere Kinder (und die Begleitperson) bei sich für diese Woche aufnehmen will. Sollten sich mehrere Gasteltern melden, werden wir eine entsprechende Reihung vornehmen. Die Zeit eilt wirklich (es muß dringend alles vorbereitet werden!), daher ersuchen wir um dringende Bekanntgabe Ihrer Absichten an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon und Fax: (01) 718 59 13 – geben Sie bitte eine telefonische Erreichbarkeit an – wir rufen so bald als möglich zurück.

Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre werte Mithilfe im Namen der aufzunehmenden Kinder!

## Jedermann-Sportwettkampf in Traun

Liebe Freunde, werte Landsleute sowie alle sportlich Interessierten! Die Sudetendeutsche Jugend Österreichs lädt recht herzlich zu einem Jedermann-Sportwettkampf am Sonntag, dem 28. April, in Traun bei Linz, ein! Zur Erinnerung an den im Jänner verstorbenen Mentor dieser Wettkämpfe, unserem Troppauer Landsmann Robert Granzer, werden diese alljährlich durchgeführten Wettkämpfe nun unter dem Motto „Robert-Granzer-Gedächtnis-Sportwettkämpfe“ durchgeführt.

Ort: Turnplatz des Allgemeinen Turnvereins Traun, Sportplatzweg 17, „Robert-Granzer-Turnplatz“ (hinter dem alten Fußballplatz des SV Traun bzw. nächst der Evangelischen Kirche). Wir treffen dort einander bei jedem Wetter !!!

Programm: Bis 9.15 Uhr Anmeldemöglichkeit für alle Teilnehmer jedweder Altersstufe. – Circa 10 Uhr: Beginn des Jedermann-Leichtathletik-Dreikampfes für alle Teilnehmer ab circa drei Jahre aufwärts bis weit über achtzig Jahre hinaus: Laufen, Weitspringen, Schlagballwerfen / Kugelstoßen! Es gibt alle Alterswertungen! Jeder Teilnehmer erhält eine Urkunde !!!

Mittagessen: Am Turnplatz wird gegrillt – es gibt Grillspeisen mit Salat, Brot usw. Zum Selbstkostenpreis gibt es auch Kaffee und Kuchen, Getränke usw. Bezüglich des Mittagessens wäre eine rechtzeitige Anmeldung zwecks eines entsprechenden Einkaufs wichtig!

Achtung: Gelegenheit zum Ablegen des Österreichischen Sport- und Turnabzeichens (ÖSTA) in allen Klassen – Anmeldung am Turnplatz.

Es gibt kein Nenngeld – jedermann ist herzlich willkommen. Für SdJÖ-Mitglieder: Fahrtkosten werden ab € 6,60 Eigenbeitrag ersetzt. Man muß damit rechnen, daß der Wettkampf eventuell bis 14 Uhr dauern kann.

Voranmeldung mit genauer Angabe der Geburtsdaten, sowie ob man am Mittagessen teilnehmen möchte oder nicht, entweder an Rainer Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels, oder an den SdJÖ-Bundesverband, 1030 Wien, Steingasse 25, Tel./Fax: 01 / 718 59 13, richten.

Noch ein Hinweis: Die Teilnahme erfolgt auf eigene Gefahr, der Verein haftet für keinerlei Unfälle und dergleichen!

## Auszeichnung für Grazer SL-Obmann



Am 22. Jänner überreichte der Präsident des Landesschulrats für die Steiermark, Dr. Horst Lattinger, unserem Stadtgruppenobmann OStR. Prof. Dr. Helge Schwab das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

In seiner Laudatio verwies Präsident Lattinger auf die herausragenden Leistungen des Geehrten. So war Dr. Schwab der längstdienende Administrator (dreißig Jahre) der Republik Österreich, war über zwanzig Jahre führend in der Personalvertretung des Fachausschusses für Bundeslehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen in der Steiermark tätig, war Landessekretär des österreichischen Aktivistensbundes, ist Gründungspräsident, Mitglied der Solidaritätsaktion für arbeitslose Lehrer, und nicht zuletzt sehr aktiv in der Sudetendeutschen Landsmannschaft tätig. Seine Lehrtätigkeit erstreckt sich nicht nur auf die AHS, sondern er war jahrzehntelang Lehrbeauftragter an der Universität, an pädagogischen Akademien und im WIFI.

Die Stadtgruppe Graz freut sich über diese hohe Auszeichnung ihres Stadtgruppenobmannes.

## Richtfest am Heiligenhof



Ein halbes Jahr nach Beginn der Bauarbeiten für das neue Tagungs- und Bettenhaus konnte am 4. März 2002 auf dem Heiligenhof das Richtfest gefeiert werden. Zu dem Festakt waren viele namhafte Politiker und Persönlichkeiten aus Stadt und Landkreis gekommen. Der Vorsitzende des Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerkes, Wolfgang Egerter, würdigte den raschen Fortgang der Bauarbeiten und sprach dem Architekten Peter Brandmaier, Bauleiter Ingo Kiesel und allen beteiligten Handwerkern seinen Dank aus. Der scheidende Landrat Herbert Neder unterstrich seine persönliche Verbundenheit mit dem Heiligenhof, den er von frühester Jugend an kenne, und wünschte der Bildungsstätte der Sudetendeutschen weiterhin viel Erfolg in der internationalen Seminararbeit. Bayern könne stolz auf seinen vierten Stamm, die Sudetendeutschen sein, die beim Wiederaufbau nach dem Kriege Hervorragendes geleistet haben, so Neder.

Anschließend trugen die Zimmerleute den Richtspruch vor: „Nach altem Brauch und guter Sitte, werf ich das Glas dort in die Mitte. Glas – in tausend Stücke spring – und viel Glück den Bewohnern bring“ und ließen den Bauherrn hochleben.

Nach einer ausführlichen Besichtigung des Neubaus wurde in den Räumlichkeiten des Heiligenhofs standesgemäß mit Bier und einer zünftigen Brotzeit gefeiert. Am 5. Oktober 2002 wird das Tagungs- und Bettenhaus im Rahmen des Festaktes „50 Jahre Heiligenhof – 50 Jahre Sudetendeutsches Sozialwerk“ festlich eingeweiht. Zukünftig werden den Gästen des Heiligenhofs zusätzlich 38 neue Einzel- und Doppelzimmer mit Dusche und WC und geräumige Lehrsäle mit modernster Medientechnik zur Verfügung stehen.

## Bergwoche 2002 führt nach Kärnten

Heuer findet wieder eine Bergwoche Ende Juli / Anfang August statt, die uns nach Kärnten führen wird. Tourenführer ist wieder unser Kamerad Franz Schaden aus Sankt Pölten, Birkengasse 6, Telefon 0 27 42 / 71 9 67.

Wir werden wieder eine schöne Woche in einer der schönsten Bergwelten Österreichs erleben. Voraussetzung dazu sind ein wenig Bergerfahrung, Kondition, Kameradschaftsgeist usw., teilnehmen können alle Generationen – von den Jugendlichen bis zu älteren Erwachsenen – die sich für so eine Bergwoche tauglich fühlen und sich dafür interessieren.

Interessenten – auch Nichtsudetendeutsche – mögen sich so bald als möglich bei Franz melden! Schon jetzt freuen wir uns alle auf diese Bergwoche und wünschen „Berg Heil“!

## Wallfahrt nach Maria Dreieichen

Die traditionelle Wallfahrt der Südmährer und aller Sudetendeutschen sowie deren Freunde findet am 5. Mai statt. Maria Dreieichen – der große Wallfahrtsort der Südmährer – ruft uns auch heuer. Beginn 10 Uhr mit einem Festgottesdienst, anschließend ab circa 14 Uhr diverse Heimattreffen in den Gaststätten in und rund um Maria Dreieichen.

Ab Wien wird von der Lm. „Thaya“ ein Autobus geführt. Abfahrt um 7 Uhr. Anmeldungen sind jeden Donnerstag, von 9 bis 12 Uhr, bei der Landsmannschaft Thaya, Wien 12, Spießhamergasse 1, Tel. 812 39 53, zu tätigen.

Kommen Sie bitte bald, die Platzanzahl ist limitiert.

## Videokassetten von den Sudetendeutschen Tagen 1977 und 1983

Von den Großereignissen wurden zwei Filme auf zwei Videokassetten überspielt. Die Spieldauer der Kassetten beträgt jeweils circa 35 Minuten. Sie stellen eine wertvolle Dokumentation über diese zuletzt in Wien abgehaltene sudetendeutschen Großtreffen dar und gar mancher, der damals dabei war, wird sich vielleicht darauf finden!

Die Kassetten können bei uns – Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon / Fax: Österreich (01) 718 59 13, vom Ausland: 00 43 / 1 / 718 59 13 – zum Preis von je € 13,- erworben werden. (Dazu kommen noch die Porto- und Verpackungskosten).

Geben Sie bitte bei Ihren Bestellungen auch genau an, ob Sie die Kassette(n) des Sudetendeutschen Tages 1977 oder / und 1983 haben wollen!



„Bruna Wien“

Beim Heimatabend am 16. März begrüßte Obmann Ing. Peter Wenisch alle Anwesenden. Er berichtete über das 4.-März-Gedenken, bei dem der Saal im Kongreßhaus so überfüllt war, daß viele Teilnehmer nur Stehplätze hatten. Bundesobmann Gerhard Zeihls konnte bei der Gedenkfeier viele prominente Politiker begrüßen, u. a. Justizminister Böhmendorfer, Abgeordneter a. D. Dr. Höchtl, Dr. Fasslabend, Dr. Hilmar Kabas. Frau Dr. Susanne Riess-Passer hielt eine sehr positive Rede im Sinne der Sudetendeutschen. Sie erntete auch sehr viel Applaus. Wir danken ihr auf diesem Wege recht herzlich. Sie ist eine Frau, die eine tolle Ausstrahlung hat und einen objektiven, gesunden Menschenverstand. – Der ORF und das Prager Fernsehen filmten mit, aber als die Reden zu geschichtlichen Fakten kamen, verließen uns die tschechischen Filmern, da sie die Geschichte anscheinend nicht mehr interessierte. – Am 13. April ist die Hauptversammlung der „Bruna Wien“, im Restaurant „Wienerwald“, Mariahilferstraße 156, die „Bruna Wien“ lädt alle dazu recht herzlich ein. – Der deutsche Kulturverband wirbt um neue Mitglieder in Brunn und auch in Wien. Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 2,-. Danke für Ihr Verständnis. – Schreiben Sie bitte viele Leserbriefe an die Zeitungen. In der „Sudetendepost“, Folge 5, vom 7. März, Seite 9, lesen Sie die Adressen der wichtigsten Printmedien in Österreich. – Bis zum nächsten Mal am 13. April.

Ingeborg Hennemann



## Humanitärer Verein von Österreichern aus Schlesien

März: Unser Obmann begrüßte zur Hauptversammlung Landesobmann Schmidl mit Gattin, Bundesfrauenreferentin Gerda Mayer mit Gatten, Familie Olbrich und natürlich viele unserer Landsleute. Die Hauptversammlung brachte eine Änderung im Vorstand. Herr Philipp und Frau Vogel übergaben an Frau Blaschek und Herrn Lehr, die den Verein nun weiterführen werden. Es wurde der Entschluß gefaßt, Herrn Philipp zum Ehrenobmann zu ernennen. Nach der Wahl verabschiedeten sich unsere Obleute und fanden liebe Worte für ihre Nachfolger. Auch Herr Schmidl würdigte die Verdienste des scheidenden Vorstandes und seiner Stellvertreterin. Daß die Beiden uns treu bleiben, ist wohl keine Frage. Aber in Zukunft ohne Streß den Vereinsabend zu genießen, ist doch auch schön. Den Abschluß des offiziellen Teiles bildete Frau Olbrich, die über die Verbindung des Vereines zum Mährisch-schlesischen Heimatmuseum berichtete. – In der Pause gab es Würstel und Ostereier und nachher noch zwei Darbietungen von Herrn Jüttner und Frau Rudolf, Verlesung der nächsten Termine und von Herrn Lehr einen Hinweis auf den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg. Am 9. März waren viele von uns beim Gedenken der Märzgefallenen im Kongreßhaus. Ich war stolz, als Standortenträgerin einspringen zu dürfen. Auch möchte ich mich bei unserem Karli und unserer Gerti herzlich für die jahrzehntelange Vereinsarbeit bedanken. Das gleiche geht an alle Beteiligten für ihre Mitarbeit, denn nur gemeinsam können wir etwas schaffen. Auch möchte ich mich bei meinen Landsleuten für den Vertrauensvorschuß bedanken.

Hannelore Blaschek

## Mähr. Ostrau-Oderberg, Friedek und Umgebung

Ich mache heute nochmals darauf aufmerksam, daß unser nächstes Treffen am 13. April, um 15 Uhr, wie immer im Café Salon, Josefstädter Straße 30, stattfindet. Lm. Seidler wird in bewährter Weise wieder einen Dia-Vortrag halten. Den Anwesenden der früheren Vorträge ist bekannt, daß uns ein schöner Nachmittag erwartet. Auch diejenigen, die noch nicht bei uns waren, werden den Vortrag mit Bild und Berichten genießen. Näheres erfahren Sie anschließend. Bekanntgeben möchte ich noch, daß Frau Kunzfeld am 31. März ihren 90. Geburtstag feierte. Wir alle gratulieren ihr allerherzlichst zu diesem besonderen Anlaß und wünschen ihr das Allerbeste für das neue Lebensjahr. Allen anderen Geburtstagskindern wünscht der Vorstand Glück, Gesundheit und Wohlergehen für die Zukunft. Für heute verbleibe ich mit den besten Grüßen an alle Mitglieder und Freunde.

Ihre J. v. Etthofen.

## Kulturverein Südmährerhof

Ein „volles Haus“ konnte Obmann Reiner Elsinger beim Vereinsabend vom 13. März begrüßen, und das nicht nur, weil die „Mährhasen“ zahlreich vertreten waren. So feierten ihr Wiegenfest: Maria Helmich, Mitzi Helmer (75), Gertrude Dittler, Traude Feher, Wolfgang Oberleitner, Maria Sauer, Toni Stüber, Maria Ottomayer, Maria Geldstet, Josefine Weiß (88), Lina Kachelmaier, Otto Landauf; Glückwünsche gingen auch an Klara Steiner, Erwin Rögelin, Erika Rudolph, Erika Peschek, Gisela Grosch, Loisi Fritsch, Josef Rock, Erwin Greger, Frieda Stredak und von der jungen Generation an Doris Fuchs-Fuchs, Brigitte Meisel, Johannes Seiter und Beatrix Schramm. Obmann-Stellv. Oberst Manfred Seiter betonte die zukunftsgerichtete Arbeit des Kulturvereins, wobei er die Bedeutung der „Kulturstiftung Südmähren“ besonders hervorhob und für eine juristische Aufarbeitung der Vertreibung, besonders im Zusammenhang mit der Wiedergutmachung, eintrat. Wolfgang Oberleitner brachte einige Meldungen aus tschechischen Zeitungen, wie zum Beispiel, daß von den 150 Militär-Garnisonen in der CR mindestens 100 aufgelöst werden; u. a. in Lundenburg, wo die Kaserne in 75 Wohneinheiten umgewandelt wird. Die Auflösung der Nikolsburger Garnison ist demnach noch nicht ganz sicher. Ein längerer Artikel befaßt sich mit den Brüdern Sonnenfels und einer geplanten Gedenktafelsetzung zum 270. Geburtstag von Josef v. Sonnenfels im September und einem Spendenaufruf hierzu, da die Finanzierung noch völlig offen ist. – Das Weinviertler Museumsdorf hat für 2002 wieder ein umfangreiches Programm, das am 24. März mit einer Nitsch-Ausstellung beginnt und verschiedene Brauchtumsveranstaltungen (Ostern, Maibaumaufstellen, Eröffnung eines neu errichteten Hofes mit Bauernmarkt, Musikfeste und Ausstellungen, bis hin zum Weinherbst) bringt. Am 4. Mai sind die Wallfahrer aus Geislingen wieder in Nikolsburg und Eisgrub, am 1. Juni übergeben wir an das Nikolsburger Gymnasium eine Bibliothek mit Heimatliteratur, wozu größere Medienaufmerksamkeit und Prominenz erwartet wird. Auch das Kreuzbergtreffen am 2. Juni bringt

die Ehrenmitgliedschaftsverleihung an LH Dr. Erwin Pröll. – Am 3. und 4. August ist die Südmährische Sing- und Spielschar zu Gast am Südmährerhof und wird am Samstag, 3. August, um 18 Uhr, ein Konzert im Reichensteinerhof in Poysdorf geben. – Der Südmährerkirchentag ist am 18. August, mit einem großen Kirchtsaufzug der Groß Tajaxer. Also genügend Anlässe für ein Treffen der Landsleute im niederösterreichischen Weinviertel.

RE



## OBERÖSTERREICH

### Riesen- und Isergebirgler in Linz

Trotz Schlechtwetters war der letzte Heimatabend gut besucht. Obfrau Marianne Friedrich dankte sehr herzlich allen Teilnehmern, wir hörten interessante Leserzuschriften aus unserer „Sudetenpost“ und verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen. Es überrascht immer wieder, wie dreist manche Leute unser Schicksal beurteilen und wie gedankenlos und gleichgültig mit den Zahlen jongliert wird. Es ist positiv, daß sich Rundfunk und Fernsehen mit den Schicksalen rund um die Vertreibung befassen, doch werden auch hier die wahren Zahlen meist heruntergespielt. – Zum Geburtstag im März gratulierten wir Lm. Emma Nemetz, Gunthilde Ortbauer und Stefanie Aichmair, beste Wünsche an alle erkrankten Landsleute! – Unser Ausflug wurde für Dienstag, 18. Juni, festgesetzt. Auf allgemeinen Wunsch fahren wir in die Wachau. Näheres am nächsten Heimatabend, dem 16. April, im „Wilden Mann“, wo ich Ihnen Bilder von Florida zeige.

H. Kratochwill

### Enns-Neugablonz – Steyr

Unsere Geburtstagskinder des Monats April: Walter Kundlatsch am 4. 4. (80er), Franz Wurdinger am 5. 4., Walter Jentsch am 8. 4., Erich Langer am 8. 4., Wenzel Kölbl am 8. 4., Wolfgang Weyer am 9. 4., Albin Zappe am 12. 4., Margit Rössler am 18. 4., Otto Hermann am 21. 4., Artur Kretschmann am 27. 4., Dr. Oswald Fitschek am 26. 4. (95er). Allen Jubilaren wünschen wir alles Gute und beste Gesundheit. Am 8. März fand die jährliche Gedenkfeier für die Sudetendeutschen März-Gefallenen von 1919 statt, beim Sudetendenkmal im Ennserschloßpark. In einer kurzen Ansprache gedachte unser Obmann Horst Schubert dieser für eine sudetendeutsche Selbstbestimmung Gefallenen wie auch aller im Zuge der Vertreibung aus der Heimat ums Leben gekommenen Deutschen aus den Randgebieten der CR und legte einen Kranz nieder. Eine Bläsergruppe der Enns Stadtkapelle umrahmte die schlichte Feier. Anschließend fand die Hauptversammlung dieses Jahres unserer SL Enns-Steyr im Festsaal der Volksbank Enns statt. Nach der Eröffnungsrede von Obmann Horst Schubert konnten wir uns dreier sehr freundschaftlich gehaltener Grußbotschaften durch Mitglieder des Enns Stadtrates erfreuen: Von Bürgermeister Franz Karlinger, von Frau Annemarie Haberland, der Obfrau des ÖVP-Gemeinderates, sowie von Stadtrat Weingartner. Alle drei betonten, daß durch die Zuwanderung und Einbürgerung vieler Sudetendeutscher vor nunmehr schon fünf Jahrzehnten, durch ihr mitgebrachtes Wissen und die Kenntnisse der Gablonzer Schmuckindustrie, der Stadt Enns ein großer Dienst erwiesen wurde. – Für leibliches Wohl und gute Stimmung sorgte wie jedes Jahr die Bewirtung mit dem bekannt guten Gablonzer Kleckselkuchen (Christl Scharf) und einem prima Kartoffelsalat von Frau Lischka mit „Reicherwürst“, hergestellt von einem Enns Fleischer nach Gablonzer Art sowie mannigfaltigen Getränken. Wir buchten viele Teilnehmer aus dem Raume Enns sowie Gäste aus Kremsmünster, Linz und Ansfelden. Ein Dia-Vortrag von Obmann Horst Schubert berichtete ausführlich und anschaulich über seine Wanderung am spanischen Jakobs-Pilgerweg vom Vorjahr. Es sei noch erinnert, daß unser nächstes Monatstreffen am 11. April, im Café Hofer, in Enns, stattfindet.

Ch. N.

### Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 1. 4. Franz Krammer, 2. 4. Maria Vejvar, Trimmelkam; 2. 4. Anna Witzany, 7. 4. Clemens Prinz, 11. 4. Dr. med. Walter Vejvar, 11. 4. Dipl.-Ing. Erich Vejvar, 11. 4. Hans Otto Gerstel, 13. 4. Maria Kappl, 14. 4. Wolfgang Kühhaas, 20. 4. Renate Geisbüsch, 20. 4. Josef Kriegl, 26. 4. Franziska Denkmayr, 28. 4. Elfriede Jobst, 28. 4. Käthe Pux, 30. 4. Katharina Wagner. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern recht herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. – Die Jahreshauptversammlung mit Muttertags- und Vatertagsfeier findet am Sonntag, dem 5. Mai, in der Pension Pirklbauer, Freistadt, Hölplatz, statt. Wir laden auch auf diesem Wege alle Mitglieder, Angehörige und Freunde recht herzlich dazu ein. Helga Kriegl

## Verband der Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat April geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 82. am 2. 4. Maria Gerschitzka aus Pausram, 82. am 27. 4. Maria Krainer aus Wainitz, 80. am 22. 4. Theresia Berger aus Neusiedl, 80. am 25. 4. Johanna Worbis aus Borotitz, 77. am 16. 4. Margarete Langthaler aus Znaim.

### Wels

Die herzlichsten Glückwünsche allen Landsleuten, die im April ihren Geburtstag feiern können: Frau Erna Buchroither, geb. am 4. 4. 1925; Herr Andreas Follner, geb. am 1. 4. 1921; Herr Anton Harmach, geb. am 15. 4. 1929; Herr Erwin Kunz, geb. am 24. 4. 1921; Herr Martin Schwanzer, geb. am 8. 4. 1927. Glück und Segen sowie stets beste Gesundheit. – Bitte merken Sie vor: Jahreshauptversammlung am 14. 4., 9.00 Uhr, Gasthof „Kaiserkrone“, Wels. – Teilnahmeanmeldungen bei Familie Schaner, Tel. 0 72 42 / 47 1 50, für den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, am 19. Mai (Tages-Busfahrt). Bus-Fahrplan siehe in der nächsten Ausgabe der „Sudetenpost“.

St. Sch.

## Verband der Böhmerwälder in OÖ.

Zur Jahreshauptversammlung am 17. März im Langholzfelderhof konnte Obmann Kons. Wilschko zahlreiche Mitglieder und Freunde des Verbandes begrüßen. Der verstorbenen Mitglieder gedachte OSR. Josef Quass. Die Jahreshauptversammlung war verbunden mit der Wahl des Obmannes und der Ausschußmitglieder, die unser Mitglied GR. a. D. Rudolf Kapellner hervorragend leitete. Erfreulicherweise konnten wir Obmann Wilschko trotz seiner angeschlagenen Gesundheit für eine weitere Periode und auch zwei neue Mitarbeiter, Frau Annaliese Pulz und Herrn Gustav A. Dworzak, gewinnen. Dem Tätigkeitsbericht des Obmannes über das abgelaufene und die Aktivitäten im laufenden Jahr und dem Kassabericht der Kassierin folgten von Lm. Kapellner „Gedanken zur Zeit“ und im Anschluß daran ein Lichtbildervortrag von der Beteiligung unseres Verbandes an der Adventausstellung im Schloß Sigharting. – Obmann Kons. J. Wilschko bat wieder um zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen unseres Verbandes. Mit dem gemeinsamen gesungenen Böhmerwaldlied beschlossen wir die diesjährige Jahreshauptversammlung.

Franz Bayer

### Vöcklabruck

Liebe Landsleute, unsere Zusammenkunft am 17. März war wieder gut besucht. Die Bruckmühler Freunde konnten wegen Kuraufenthalts des Ehepaares Bartl nicht kommen. Nach der Begrüßung gab Obmann Willi einen Kurzbericht von der Hauptversammlung in Wien. Den März-Geborenen wurde unter Applaus herzlich gratuliert. Besonders Lm. Gretl Mayr zum „Neunziger“. Als neues Mitglied konnten wir die Tochter von Frau Breinl, Johanna Cavagno, willkommen heißen. Dem Vortrag des Univ.-Prof. Dr. Reinisch im Heimatmuseum lauschten mehr als 100 Personen. Der nächste Tag der „offenen Tür“ im Heimatmuseum wird als Frauentag, am 13. April, in der Zeit von 14 bis 18 Uhr, abgehalten. Die Besucher werden von den Frauen mit verschiedenem Gebäck nach Rezepten aus der Heimat bewirtet. Wer eine Warmhaltekanne besitzt, wird gebeten, diese mit heißem Kaffee mitzubringen, weil die vorhandene Kaffeemaschine etwas klein ist. Dipl.-Ing. Wincor entschuldigte noch das Fernbleiben seiner Gattin. Damit war der Weg frei für ein gemütliches Plauscherl. Den April-Geborenen auf diesem Weg beste Glückwünsche. Es sind dies: Lm. Franziska Arigi am 25. und Lm. Dipl.-Ing. Wilhelm Wincor am 12. Auf Wiedersehen, soweit möglich, am Samstag, dem 13. April, im Heimatmuseum in Vöcklabruck, ab 14 Uhr, und Sonntag, dem 14. April, um 15 Uhr, im Gasthof Obermeier in Attnang.

HK



## NIEDERÖSTERREICH

### St. Pölten

Bei der am 15. März stattgefundenen Jahreshauptversammlung in Sankt Pölten, die gut besucht war, konnte Obmann RR. Franz Schaden prominente Vertreter der politischen Parteien sowie Vertreter des Bundes- und Landesverbandes begrüßen. Vom Bundesverband war in Vertretung von Bundesobmann Gerhard Zeihsl Herr Horst Mück, vom Landesverband

waren Frau und Herr Innitzer erschienen. Von den politischen Parteien hielten die Obfrau des FPÖ-Landtagsklubs, Frau Barbara Rosenkranz und von der ÖVP Abgeordneter Hans Jörg Schelling kurze Begrüßungsansprachen. Weiters waren erschienen: StR. a. d. Franz Miksch sowie die Gemeinderätin der ÖVP Ulrike Nesslinger. Nach der offiziellen Begrüßung gab es ein Totengedenken, gewidmet allen Vertreibungstoten, allen Landsleuten, welche in unserer Runde waren, den Kriegstoten unserer Heimat, den Vorstandsmitgliedern Dr. Prachner, Franz Hanreich, Frau Edith Miksch. Anschließend erfolgte die Neuwahl des Vorstandes unter Vorsitz von Herrn Wilfried Innitzer. Einstimmig wurde RR. Franz Schaden wieder zum Obmann gewählt. Im Tätigkeitsbericht des Obmannes konnten wir u. a. erfahren, daß die derzeitige Situation des Vereinshauses ungeklärt ist und noch einer endgültigen Lösung bedarf. – Beim „März-Gedenken“ am 7. März in St. Pölten am Herrenplatz haben zahlreiche Interessenten bei Diskussionen und Informationsmaterial neue Erkenntnisse über unser Sudetenproblem gewonnen. – Nach dem Tätigkeitsbericht des Obmannes ergriff NR Mag. Mühlbacher, Vertriebenensprecher der ÖVP, Bürgermeister von Freistadt, das Wort. Sein Thema: „Heimatvertriebene, der steinige Weg zum Recht.“ Er war wahrhaftig steinig, der Weg der Sudetendeutschen von 1918 bis 1938 und nach 1945, welchen ihnen das Schicksal aufgezogen hatte. Entgegen ihrem Willen waren sie gezwungen, jahrzehntelang in einem Staat zu leben, den sie nicht wollten. Auch heute beharren die Tschechen auf den berechtigten Vertreibungsgesetzen, wünschen aber gleichzeitig, in die EU aufgenommen zu werden. Auf keinen Fall, solange jene Unrechtsdekrete in der „tschechischen Rechtsordnung“ verankert sind. – Der sehr gut gehaltene Vortrag des Hauptreferenten Mag. Mühlbacher erntete lebhaften Beifall der Anwesenden. Auffallend sind die seit einigen Jahren oft überraschend wechselnden Anschauungen der politischen Parteien zur EU-Erweiterung und der „Benes-Dekrete“. Mit aller Entschiedenheit muß jetzt die EU dafür sorgen, daß mit derartigen noch immer gültigen Unrechtsgesetzen der Beitritt der Tschechien zur Europäischen Gemeinschaft verwehrt wird, wenn nötig auch mit einem Veto. – Mit recht lebhaften Diskussionen und dem Heimatlied „Tief drin im Böhmerwald“ endete die Jahreshauptversammlung.

Herwig Griehsler



## SALZBURG

### Landesverband Salzburg

Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung fand am Dienstag, dem 19. März, statt und nach Feststellung der Beschlussfähigkeit begrüßte Lm. Obmann Mai die zahlreich erschienenen Landsleute, besonders den Ehren-Landesobmann Prof. Dr. Mallmann. – Zum Gedenken an die Toten der Vertreibung, der Opfer des 4. März 1919 und der im Jahr 2001 verstorbenen Landsleute, erhoben sich die Landsleute von ihren Sitzen. – Da auf die Verlesung des Protokolls der letzten Jahreshauptversammlung einstimmig verzichtet wurde, folgten die Berichte: a) des Landesobmanns: Lm. Obmann Mai kam in seinen Ausführungen auf die im vergangenen Jahr wieder mit vollem Einsatz geleisteten Aufgaben für die Belange des Landesverbandes zurück, was auch der zugleich verlesene Tätigkeitsbericht mit den Daten über Veranstaltungen sowie Teilnahme an verschiedenen Treffen bewies. – b) der Kassierin: Lm. Oentrich verlas die von ihr erstellte Jahresbilanz und stellte dazu fest, daß der Landesverband wegen der hohen Kosten für Miete und sonstiger notwendiger Ausgaben, die im einzelnen erläutert wurden, auf die Rücklagen zurückgreifen mußte. Schon heute kann gesagt werden, daß auch aufgrund der Euro-Umstellung 2002 sich die Verluste dramatisch erhöhen werden, zumal die Spenden-Eingänge (mit wenigen Ausnahmen) ganz gering sind. Der Kassaprüfer bestätigte die äußerst korrekte Kassaführung, die er in allen Punkten überprüft und für in Ordnung befand. – Mit Entlastung des Vorstandes, die einstimmig erteilt wurde, übernahm Lm. Pilz den Vorsitz und verlas den zur Neuwahl vorgeschlagenen Vorstand sowie die Vorstands- und Ausschußmitglieder. Die namentlich Genannten nahmen ihre Neuwahl an. Lm. Obmann Mai bedankte sich für das in ihn und seine Mitarbeiter gesetzte Vertrauen und versprach, nach wie vor für den Landesverband und die verantwortungsvollen Aufgaben zur Verfügung zu stehen. Beim Punkt „Allfälliges“ wurden einige Vorschläge und Anfragen zur Kenntnis genommen und beantwortet bzw. protokolliert. – Nun wollen wir den im Monat April geborenen Landsleuten viel Glück, alles Gute und besonders Gesundheit wünschen: Lm. Franz Peller in Oberalm, Obmannstellvertreter, am 2. zum 91., Hansjörg Grohmann in Puch am 5., Anneliese Dorige am 10., Georgia Künssberg in St. Johann am 10., Alois Tonweber in Hallein am 11., Maria Burgstaller am 16., Johann Liebscher am 17., Theresia Surger in St. Johann am 28., Simon Hradecky am 25., Rudolf Luft am 27.

E. P.





## Graz

In einem zum Teil mit neuen Mitgliedern – ein Erfolg der jüngsten Schicksalsveröffentlichungen von Zeitzeugen in den Medien – vollbesetzten Saal konnte Stadtgruppenobmann OSTR. Prof. Dr. Helge Schwab die Versammelten begrüßen. Besonders begrüßt wurden die neuen Gäste: Dr. Wolfgang Tomschik, Karl-Heinz Theny, Johann-Wolfgang Theny und Maria-Karoline Mayer. Bei dieser Zusammenkunft feierten wir das Osterfest. Der passende Tischschmuck, mit zusätzlichen kleinen persönlichen Geschenken, war wie immer gebastelt von Lmn. Elisabeth Ruppitsch, das Material zu den Häkelarbeiten war von Lmn. Elfi Mühlböck. Zur Eröffnung sangen alle das Lied „Im Märzen der Bauer“; das wir schon aus der Schulzeit kennen. Unser Stadtgruppenobmann sprach dann über viele Brauchtümer der Heimat, angefangen vom „Josefitag“, Palmsonntag, die Karwoche und den Ostermontag-Tanz. Er berichtete auch über das „Märzgedenken“ in Wien, daß Vizekanzlerin Dr. Riess-Passer über die Aufhebung der Benes-Dekrete vor dem Beitritt Tschechiens zur EU gesprochen hat, und daß auch Vertreter der schwarz-blauen Regierung anwesend waren. Zum Schluß bat er die neuen Mitglieder, ihr persönliches Vertretungsschicksal den Versammelten bekanntzugeben, zum Zwecke des Besserverstehens untereinander. – Auf die Gratulation der Geburtstagskinder wurde selbstverständlich nicht vergessen, es waren diese Rosa Karger und Maria Schwab. Ein längeres Beisammensein folgte, um die Neuen herzlich in unseren Kreis zu ziehen. Edeltraud Richter

## Judenburg

Nachruf: Am 26. Februar mußten wir uns am Barbara-Friedhof in Linz von unserem langjährigen und treuen Mitglied Ing. Hugo Steinbach verabschieden, welcher im 95. Lebensjahr verstorben ist. Die Schriftführerin und die Kassenleiterin nahmen an der Beerdigung teil und sprachen den Angehörigen im Namen der Bezirksstelle unser aller aufrichtige Anteilnahme aus. Geboren am 5. März 1907 in Turn bei Teplitz-Schönau, k.u.k. Staatsbürger. Vater fällt am Isonzo. Die beiden Geschwister sind Halbweisen und wachsen mit der Mutter ziemlich mittelos auf. Schlagen sich aber tüchtig durchs Leben. Besuch der Volksschule und Unterrealschule, Volontär bei der Mühlenbauanstalt Holzhausen und anschließender gewerblicher Fortbildungsschule. 1918 tschechische Staatsbürgerschaft. Die Staats- und Gewerbeschule in Aussig absolvierte er von 1923 bis 1927 mit erfolgreichem Ingenieursabschluß. Dann zwei Jahre Wehrdienst beim tschechischen Heer. Von 1929 bis 1930 Betriebsassistent und Sachbearbeiter bei Hydrogen AG in Aussig an der Elbe. Es folgten acht Jahre Zugehörigkeit beim Edeltahlwerk Poldihütte in Kladno als Sachbearbeiter und in weiterer Folge Einsatz im Bereich Stahlprüfung, stahltechnologische Zentrale, mechanische Werkstätten und Glüherei. Im Jahre 1934 vermählte er sich mit Margarethe Feix und vier Jahre später kam Sohn Peter zur Welt. Deutsche Staatsbürgerschaft im Jahre 1938. Ab 1939 bis zu seiner Pensionierung 1972 in leitender Position bei den Steirischen Gußstahlwerken, zuletzt Leiter der Stahlkontrolle, Vergüterei, Glüherei und Stv. Werksdirektor. Nicht zu vergessen seine Kriegsdienstleistung von 1944 bis 1945. Von 1945 bis 1947 staatenlos und ab 1947 endlich wieder österreichischer Staatsbürger. Nach der Pensionierung rege Tätigkeit im Heimatkreis Bischofteinitz, Mitglied des Museumsvereins Judenburg. 1978 Tod der geliebten Frau und Mutter. Im Jahre 1989 erfolgte die Verleihung

## Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am **Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin.** Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

|             |               |             |               |
|-------------|---------------|-------------|---------------|
| Folge 8     | 18. April     | Red.-Schluß | 11. April     |
| Folge 9     | 2. Mai        | Red.-Schluß | 25. April     |
| Folge 10    | 16. Mai       | Red.-Schluß | 8. Mai        |
| Folge 11    | 6. Juni       | Red.-Schluß | 29. Mai       |
| Folge 12    | 20. Juni      | Red.-Schluß | 13. Juni      |
| Folge 13/14 | 4. Juli       | Red.-Schluß | 27. Juni      |
| Folge 15/16 | 1. August     | Red.-Schluß | 25. Juli      |
| Folge 17    | 5. September  | Red.-Schluß | 29. August    |
| Folge 18    | 19. September | Red.-Schluß | 12. September |
| Folge 19    | 3. Oktober    | Red.-Schluß | 26. September |
| Folge 20    | 17. Oktober   | Red.-Schluß | 10. Oktober   |
| Folge 21    | 31. Oktober   | Red.-Schluß | 24. Oktober   |
| Folge 22    | 14. November  | Red.-Schluß | 7. November   |
| Folge 23    | 28. November  | Red.-Schluß | 21. November  |
| Folge 24    | 12. Dezember  | Red.-Schluß | 5. Dezember   |

\*) Pfingsten 19./20. Mai

der Urkunde Dipl.-Ing. Der Verewigte war ein von uns allen hochverehrter Landsmann und versäumte selten einen Heimatnachmittag, wenn er nicht gerade einer seiner geliebten Auslandsreisen unternahm. Ob er uns von seinen Erlebnissen aus Palmanova, wo sein Vater ruhte, oder von anderen Aufenthalten im Ausland berichtete, immer fand er eine aufmerksame Zuhörerschaft. Auch seine jährlichen Fahrten zum Karneval nach Venedig liebte er besonders. Außerordentlich gerne fuhr er jedoch in seine alte Heimat, dem heutigen Tschechien. Seine Ahnenforschungen für die Familie und für diverse Freunde führte er mit großer Liebe und Sorgfalt durch. Daß er viele historische Daten der Monarchie im Kopf hatte, zeichnete ihn besonders aus, denn einen Teil der damaligen Zeit hatte er doch selbst noch miterlebt. Wir alle werden seiner in Ehrfurcht gedenken und uns gerne an seinen trockenen Humor erinnern. – Leider haben wir im vergangenen Jahr und auch im Jahr 2002 sehr liebe und treue, langjährige Mitglieder verloren, wo wir nach Möglichkeit an den Begräbnissen teilnahmen. Auch ihnen gilt unser aufrechtes Gedenken, haben wir doch gemeinsam viele schöne Stunden verbracht, die wir nicht so schnell vergessen werden. Es sind dies folgende Landsleute: Frau Dr. OMR Johanna Handel, gebürtig aus Mährisch Schönberg. Die Verstorbene führte jahrelang ihre Arztpraxis in Knittelfeld und war eine äußerst beliebte Ärztin. Ihre Patienten schätzten sie alle sehr. – Frau Martha Strauß-Schöps aus Mastig bei Hohenelbe. Frau Strauß hatte in Zeltweg eine Schneiderwerkstatt und war selbständige Unternehmerin. Mit großer Liebe stickte sie für die Kirche in Maria-Buch eine prachtvolle Altardecke, auf welche sie immer sehr stolz war. – Frau Adelheid Vohinz aus Knittelfeld, Vater gebürtig aus Kaplitz. Die Verstorbene war gelernte Uhrmachermeisterin und unterstützte ihren Vater im eigenen Geschäft in Knittelfeld bis zu ihrer Verheiratung.

## DEUTSCHLAND

### Deutscher Alpenverein e. V. Sektion Sudeten

Das letzte Wochenende im Februar war Treffpunkt der Ausschußmitglieder am Sektionsitz Eßlingen im Wolfstor. Bei der Sitzung zu Beginn des Jahres galt es, die anstehende Jahreshauptversammlung im April vorzubereiten, die Arbeit des vergangenen Jahres zu beurteilen und natürlich die Aktivitäten und Perspektiven für das Jahr 2002 festzulegen. Schwerpunkt wie immer die eigene Sudetendeutsche Hütte in den Ostalpen in Österreich. Beide zuständigen Ausschußmitglieder, Wolfgang Seydl und Baldu Drehlsler, berichteten von einer erfreulichen Frequenzierung der Hütte im vergangenen Bergsommer, und auch mit dem neuen Hüttenwirt gab es ein beidseitiges, zufriedenstellendes Einvernehmen. Nach der Eröffnung in diesem Jahr steht bereits nach drei Wochen die Kollaudierung durch die Behörden in Innsbruck und Matrei an. Brandschutz und die leidige Abwasserfrage werden einen gezielten und effizienten Arbeitseinsatz im Juni / Juli erfordern. Auch finanziell ist ein Kraftakt erforderlich, um die Energieversorgung der Hütte und den Betrieb der Seilbahn zu verbessern bzw. zu erneuern. Ein Generator mit neuester, umweltschonender Technologie – Betrieb mit Pflanzenöl – ist dafür eingeplant und wurde auch vom „Finanzminister“ genehmigt. Raum dann natürlich noch für die Öffentlichkeitsarbeit. Ein Faltblatt in großer Stückzahl, und Erweiterung der Präsentation im Internet sollen den Bekanntheitsgrad verbessern. Ebenso wurde das 75jährige Hüttenjubiläum im Jahre 2004 angedacht und ein Festausschuß dafür berufen. Die erwähnte Jahreshauptversammlung am Samstag, 13. April, 11 Uhr, im „Brauhaus zum Schwanen“ in Eßlingen, wird mit einem Referat des Vorsitzenden Klaus Svojanovsky das Thema: „Wir als Sektion im Umfeld einer Service- und Konsumgesellschaft“ aufgreifen. Interessierte Bergfreunde aus Eßlingen und Umgebung sind dazu herzlich eingeladen.



## DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13

## Bundesverband

Die Diskussion rund um die Benes-Dekrete und die AVNOJ-Beschlüsse läuft immer weiter, und mehr als 60 bis 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung wissen etwas damit anzufangen. Man ist auch der Meinung, daß diese Probleme noch vor einer EU-Aufnahme von Tschechien, der Slowakei und Slowenien gelöst werden müssen. Menschenrechte gehen immer bevor, auch vor wirtschaftlichen Aspekten, dies muß hier auch einmal gesagt werden. Geschäfte auf Kosten ungelöster Menschenrechte zu machen, haben immer wieder einen bitteren Beigeschmack, wie wir meinen. Dies beweisen auch die vielen Leserbriefe in allen Zeitungen, die auf diese Probleme hinweisen und oft eigene Familienschicksale beleuchten. Eine lange tabu gewesene Geschichte wird da aufgerollt und aufgearbeitet, junge Menschen stellen dazu viele Fragen und sind oft sehr über die Vertreibungsverbrechen erschüttert, wiewohl auch andere Dinge besprochen werden – wie es dazu kam, welche Taten vorher geschahen usw. Man darf nichts verschweigen und muß immer objektiv bleiben, so sollte man die Geschichte beleuchten, darüber reden und die Lehren daraus ziehen – das sollten aber die Herren in Prag auch tun. Mit diskriminierenden Äußerungen schaden sich diese nur selbst, denn jetzt ist die EU am Zug, die Gutachten einholt. So wird man von der Geschichte eingeholt, einer Geschichte der dunkelsten Kapitel des tschechischen Volkes. Hier gilt es viel aufzuarbeiten und über den eigenen Schatten zu springen, will man der europäischen Wertegemeinschaft voll und ganz, ohne jedem Makel, angehören! Da müssen aber auch wir alle unseren entsprechenden Beitrag leisten, dazu sind wir aufgerufen. – Sonntag, 28. April: Sportwettkämpfe in Traun bei Linz in Oberösterreich, für jedermann. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag 2002 in Nürnberg – mit Zeltlager, Wettkämpfen, Unterhaltung usw. – dazu werden Teilnehmer aus ganz Österreich erwartet. Meldet Euch bei uns an! – 13. bis 20. Juli: Sommerlager 2002 für Kinder und junge Leute im Alter von zirka 7 bis 15 Jahren aus ganz Österreich in Kärnten, unter Beteiligung von sudetendeutschen Kindern aus Mähren und Österreich-Schlesien, karpatendeutschen Kindern aus der Slowakei sowie siebenbürgischen Kindern aus Rumänien. Damit sind wir international! – Die Bergwoche findet Ende Juli / Anfang August in Kärnten mit unserem bewährten Tourenführer Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 Sankt Pölten, Telefon 0 27 42 / 71 9 67, statt. Interessierte jedweden Alters (mit ein wenig Bergerfahrung, Kondition usw.) mögen sich so bald als möglich bei Franz melden!

## Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte für junge Leute sind jeden Mittwoch, ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. Kommt bitte pünktlich, wir erwarten Euch. – Freitag, 12. April: Großer Kulturnachmittag im Großen Festsaal des „Hauses der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, unter dem Motto „Eine Reise durch das Sudetenland“! Wir führen mit Bildern, Volkstänzen, Liedern, Lesungen, Gedichten usw. durch das Sudetenland. Dazu ist jedermann, gleich welchen Alters – auch alle nicht-sudetendeutschen Freunde! – recht herzlich eingeladen – der Eintritt ist frei! Siehe auch die Ankündigung im Zeitungsinnen. – Wer zu den Leichtathletik-Wettkämpfen in Traun – die für ganz Österreich ausgeschrieben sind – mitfahren möchte, möge sich bei den Heimstunden bzw. telefonisch anmelden! – Dies gilt auch für eine Teilnahme am Pfingsttreffen der SdJ im Rahmen des Sudetendeutschen Tages in Nürnberg – wir laden zum Mitmachen ein. – Für das Sommerlager in Kärnten liegen uns bisher nicht viele Teilnehmermeldungen vor – wann wollt Ihr Euch anmelden? Die Zeit drängt schon langsam. Nochmals bitten wir die SLO-

Heimatgruppen um Werbung für eine Teilnahme bei den Heimatnachmittagen – Danke! Muttertags- und Vaternachmittag am Sonntag, dem 26. Mai. Zu dieser bei allen sehr beliebten Autobusfahrt sind alle recht herzlich eingeladen – bitte um baldige Anmeldung.

## Landesgruppe Niederösterreich

Freitag, 12. April: 18.30 Uhr, Kulturabend unter dem Motto „Eine Reise durch das Sudetenland“, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25. Näheres siehe dazu im Zeitungsinnen. – Sonntag, 28. April: Sportwettkämpfe in Traun bei Linz. – Sonntag, 5. Mai, Südmährer-Wallfahrt nach Maria Dreieichen. – Pfingsten: Sudetendeutscher Tag mit Pfingsttreffen der Jugend in Nürnberg! – Unsere Wiener Freunde haben uns zur Autobusfahrt am Sonntag, dem 26. Mai, eingeladen – macht davon reichlich Gebrauch und meldet Euch so bald als möglich an. Bitte nicht auf die Anmeldungen für das diesjährige Sommerlager, welches in Kärnten stattfinden wird, vergessen! – Unser Volleyballturnier war wieder ein voller Erfolg und alle waren mit Feuereifer dabei. Man sah schöne Ballwechsel und vollkommenen Einsatz. So ein Turnier sollte im Herbst nochmals stattfinden. Dazu werden wir rechtzeitig informieren!

## Landesgruppe Oberösterreich

Am Sonntag, dem 28. April, finden in Traun die Sportwettkämpfe für jedermann – gleich welchen Alters und Geschlechts (so ab dem 3. Lebensjahr aufwärts bis weit über 80 Jahre) – statt. Alle sind zur Teilnahme aufgerufen. Dazu den Aufruf im Inneren dieser „Sudetenspost“ lesen! – Bitte vormerken: Am Samstag, dem 11. Mai, findet das Volkstanzfest in Wels, Pfarre Lichtenegg, mit Beginn um 20 Uhr, statt. – Zum Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, mit dem SdJ-Pfingsttreffen, werden wieder Autobusse geführt. Tagesfahrt am Sonntag, 19. Mai, ab Freistadt mit verschiedenen Zustiegstellen, Rückfahrt ab 17 Uhr vom Messegelände in Nürnberg. Anmeldungen an Gertraud Schaner, 4600 Wels, Tandlerstraße 13, Telefon 0 72 42 / 47 1 50. Jugendliche, die schon am Samstag, dem 18. Mai, anreisen wollen, mögen sich mit Rainer Ruprecht, 4600 Wels, Johann-Strauß-Straße 9, ins Einvernehmen setzen (es gibt Fahrtkostenzuschüsse).

## Arbeitskreis Südmähren

Freitag, 12. April: „Eine Reise durch das Sudetenland“ – Kulturabend im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Beginn um 18.30 Uhr – Ankündigung auf den Vorderseiten! – Das für Sonntag, dem 14. April, vorgesehene **Toni-Schicho-Gedächtnis-Bowling-Turnier** muß abgesagt werden! Bitte um entsprechende Beachtung. Aufgrund eines kurzfristigen Meisterschaftsturniers stehen in der Engelmann-Bowling-Halle keine Bahnen zur Verfügung! Sonntag, 5. Mai: Südmährerwallfahrt nach Maria Dreieichen. Ab Wien wird ein Bus geführt. Anmeldungen bei der Landsmannschaft Thaya, jeden Donnerstag, von 9.00 bis 12.00 Uhr, Tel. (01) 812 39 53. – Sonntag, dem 26. Mai: Muttertags- und Vaternachmittags-Autobusfahrt gemeinsam mit der SdJ Wien – jedermann ist dazu eingeladen – Näheres im Zeitungsinnen. – Nächste Heimstunde ist am Dienstag, dem 7. Mai, ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, in Wien 3.

## Sudetenspost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, Obmann: Karl Koplinger, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig. Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 27,60, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 33,60, Übersee: € 46,- (US \$ 40,-). Einzelpreis € 1,25. Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

## BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenspost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenspost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name:

Straße:

Plz:

Ort:

Telefon:

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 27,60, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 33,60, Übersee: € 46,- (US \$ 40,-). – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.



## Wertegemeinschaft?

Hört, hört, der tschechische Präsident Václav Klaus wollte, daß die verbrecherischen Beneš-Dekrete als Bestandteil der europäischen Rechtsordnung abgesegnet würden. Daraus ist eindeutig ersichtlich, daß die Beneš-Dekrete nicht erloschen sind. Lediglich Bundeskanzler Schröder ließ sich von tschechischer Seite einen solchen Bären aufbinden. Ein Zeman, Klaus mit Gesinnungsgenossen und dergleichen mehr arbeiten auf eine europäische Wertegemeinschaft hin, in der Genozidverbrecher und kriminelle Elemente ihre politische Heimat suchen. So veranstaltete Miloš Zeman kürzlich im 2. tschechischen Fernsehen eine Talkshow, in der mehrere Spitzenpolitiker ihrem Ministerpräsidenten versicherten, daß eine Aufhebung der Beneš-Dekrete nicht in Frage kommt. Aus der Sendung fand auch eine Zuschauerbefragung statt, zur Vertreibung der Sudetendeutschen. 8061 gaben dazu ihre Stellungnahme ab, mit dem Ergebnis, daß 83,59 Prozent die Vertreibung und Diebstahlsentziehung der drei Millionen Sudetendeutschen für richtig empfinden.

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat im Zusammenhang mit den Attentaten in New York die grundlegenden Fragen an den Westen gestellt: „Sind wir unserer Kultur und unseren Werten treu geblieben?“ Meine Antwort darauf: „Kulturellen Werten ist man dann treu, wenn man Krebsgeschwüren von allem Anfang an keine Chance gibt, daß sie den gesunden Körper einer europäischen Wertegemeinschaft verseuchen können.“

Fritz Winkelmann, D-Marktoberdorf

## Europäische Lösung

Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ muß vor allem bei den Heimatvertriebenen eine selbstkritische Debatte über ihre bisherige Politik auslösen, in der sie dem veränderten status quo in Europa Rechnung tragen. Die wichtigste Frage, die bei der Strategiefindung jetzt eine klare Antwort verlangt, ist zweifelslos: Sollen wir in der Vertriebenenpolitik bei der Aufarbeitung des Vertreibungsunrechts weiterhin – wahrscheinlich für ein weiteres halbes Jahrhundert – erfolglos auf nationalstaatliche Lösungen setzen, oder nicht vielmehr im nunmehr zusammenwachsenden Europa der Regionen die Chance für neue paneuropäische Lösungen sehen?

Die Zeit der Nationalstaaten ist – zumindest auf unserem Kontinent – abgelaufen!

Diese waren im Zeitalter des erwachenden Nationalbewußtseins eine Erfindung der Französischen Revolution und haben durch den ausufernden Nationalismus Europa zwei schreckliche Kriege mit viel Blut und Tränen gebracht. Auch die Vertreibung autochthoner deutscher Volksgruppen aus den Ostgebieten war letztlich das Resultat nationalstaatlicher Politik, von beiden Seiten!

Der pater patriae der CSR, Tomas G. Masaryk, hat bei der Gründung seines „Staates der Tschechen und Slowaken“ erklärt, daß dieser selbstverständlich ein Nationalstaat sein würde. Das ergäbe sich schon aus dem demokratischen Prinzip von der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Da dieser Staat tatsächlich ein Vielvölkerstaat war, und im zwanzigsten Jahrhundert keine ethnische Minderheit mehr gewillt war, sich der Willkür einer „demokratischen“ Mehrheit zu beugen, war der Kollaps dieses staatlichen Kunstgebildes schon 1918 vorprogrammiert. In anderen Staaten Osteuropas war dies ganz ähnlich. Deutlich zeigt sich diese Misere jetzt auf dem Balkan.

Man kann heute keinen Staat mehr aufbauen, in dem eine Volksgruppe über eine oder mehrere andere gebietet. Selbst in der außereuropäischen Welt zeigt sich, daß das Nationalstaatsprinzip nicht mehr in der Lage ist, ethnische Konflikte zu lösen, siehe Nahost und zum Beispiel auch Kaschmir!

Die völkerrechtlichen Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht oder Recht auf Heimat sind auch die Folge der Bildungen von Nationalstaaten. Sie sind inzwischen zwar wichtige und notwendige Postulate der internationalen Politik, bleiben aber eine Art Not-

wehr der unterdrückten Völkern, und, wie die Realität zeigt, oft leider nur Papiertiger. Sie haben uns jedenfalls der prinzipiellen Lösung der Vertriebenenproblematik von 1945 nicht einen Schritt nähergebracht.

Gerade deshalb ist es meiner Meinung nach grundfalsch, in der Vertriebenenpolitik weiterhin auf nationalstaatliche Lösungen zu setzen!

Dagegen eröffnet der nicht mehr aufzuhaltende Zusammenschluß Europas zu einer festen Verbindung freier Völker mit aufblühenden Nationalkulturen, einschließlich der zu erwartenden Osterweiterung, auch hinsichtlich der Lösung ethnisch schwieriger Probleme völlig neue und aussichtsreiche Perspektiven. Das zeigen so hervorragende Beispiele wie Belgien (ganz ideal!) oder Südtirol oder die deutsch-dänische Grenzregion oder auch das Elsaß. Hier hören Nationalitätenprobleme auf zu existieren. Hier kommen sehr wohl zwei verschiedene Völker auf einem gemeinsamen Territorium – immer besser! – miteinander zurecht.

Jahrhundertlang hieß es: Soll das Elsaß deutsch oder französisch sein? Das Wörtchen „oder“ kennzeichnet die ganze Tragik der nationalstaatlichen Lösungsversuche – und war die Wurzel von „Erbfeindschaft“ und Krieg. Heute ist das Problem paneuropäisch durch „sowohl – als auch“ gelöst: Nun ist das Elsaß sowohl französisch als auch deutsch, eine Euroregion mit eigener kultureller Identität. Die französische Oberhoheit ist schon jetzt nicht viel mehr als eine rein verwaltungstechnische Zuordnung.

Warum sollten da nach der vollzogenen Osterweiterung (die wir aus diesem Grunde unbedingt begrüßen müssen, da sich sonst die Fronten auf unbestimmte Zeit völlig ergebnislos nur verhärteten würden!) nicht einmal auch solche zweisprachige und bikulturelle Euroregionen wie Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen und das Sudetenland unter polnischer und tschechischer Oberhoheit dazukommen? Diese hätten dann eine wichtige kulturelle Brückenfunktion und wären der Bindekitt in den Fugen zwischen den deutschen und den slawischen Kernländern im östlichen Mitteleuropa.

Adolf M. Svoboda, D-Schmalkalden

## Am Prüfstein

Die in letzter Zeit vermehrten Berichte in den Medien bezüglich der Aufhebung der Beneš-Dekrete und nicht zuletzt die Dokumentation „Die große Flucht“ zeigen, daß dieses Problem an Aktualität zugenommen hat, und nicht nur die Sudetendeutsche Landsmannschaft, sondern auch die Politiker im In- und Ausland an einer Lösung dieser Frage interessiert sind.

Vorerst geht es wieder einmal um ein Gutachten, das bis Juni fertig sein soll. Anschließend wird es dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur weiteren Behandlung vorgelegt. Soweit, so gut. Die Angelegenheit hat jedoch einen „Haken“: Gleichzeitig wird dabei betont, daß die Beneš-Dekrete kein „offizielles“ Thema bei den Beitrittsverhandlungen sind.

Gerade darin liegt das „Pudels Kern“. Man empfiehlt zwar Tschechien, diese bisher immer noch geltenden Beschlüsse aufzuheben, doch es ist keine bindende Verpflichtung für den EU-Beitritt.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die tschechischen Politiker zu der neuen Entwicklung bezüglich der Sudetenfrage stellen werden und ob schließlich der „Prüfstein“ für sie ausschlaggebend sein wird, ihre bisherige sture Haltung aufzugeben und sie sich der allgemeinen Ansicht in dieser so wichtigen Frage beugen werden.

Ing. Gustav Pittner, Langenlois

## Bitte um Vergebung

Das Motto der Friedensbotschaft des Papstes Johannes Paul II. zum 1. Jänner 2002 lautete: „Kein Friede ohne Gerechtigkeit,

keine Gerechtigkeit ohne Vergebung.“ Nichts ist wahrer und richtiger als dieses Wort. Es sollte am Anfang und am Ende jeder Lösung ethnischer Konflikte stehen, von denen die Welt voll ist. Auch am Anfang und Ende des sudetendeutsch-tschechischen Konflikts. Zu diesem Wort des Papstes bekenne ich mich voll und ganz, auch gegenüber den Tschechen. Wir sind bereit zu vergeben.

Der Bundesvorsitzende Posselt hat dieses Wort aber umgedreht. Er bittet – wie er dem tschechischen Fernsehen sagte und wie es heute überall in der deutschen Presse steht – „das tschechische Volk um Vergebung“. Wofür? Vielleicht im Sinne Miloš Zeman, der uns als „fünfte Kolonne Hitlers“ beschimpfte, für die die Vertreibung noch eine „milde Strafe“ sei, weil uns eigentlich die „Todesstrafe“ gebührte, wie man es in den Zeitungen lesen konnte. Na, soweit geht Posselt nicht, er bittet nur um Verzeihung für diejenigen Sudetendeutschen, die „sich an dem verbrecherischen nationalsozialistischen Regime beteiligt haben“. Natürlich gab es solche und dafür wurden drei Millionen Sudetendeutsche von Herrn Beneš in „Sippenhaft“ genommen und über sie die Vertreibung als Kollektivstrafe verhängt.

Mir hat noch nie gefallen, wie emsig und begierig sich die Deutschen in den letzten Jahrzehnten in der ganzen Welt umgesehen haben, wo sie sich vielleicht auch noch „entschuldigen“ könnten, Hand in Hand damit lautete bis vor kurzem die political correctness, „niemals davon sprechen, daß auch an den Deutschen Verbrechen begangen wurden“. Jetzt haben wir einen Bundesvorsitzenden, der im Namen der Organisation der Vertriebenen die Tschechen um Vergebung bittet. Ich könnte mir als politische Rechtfertigung mit großer Anstrengung gerade noch vorstellen, daß er meint, er könne damit auch die Tschechen veranlassen, sich bei den Sudetendeutschen zu entschuldigen und bei ihnen um Vergebung zu bitten. Aber was wäre damit gewonnen? Nichts. Es wäre ein folgenloses Bla-Bla. Die Tschechen werden das nicht tun. Sie werden sich in der Zeman'schen Haltung bestätigt fühlen.

Als Anfang der 90er Jahre die Wende kam, war ich zu einem Podiumsgespräch in der Karlsuniversität eingeladen und anschließend vom damaligen tschechischen Außenminister Jiří Dienstbier zu einem Gespräch empfangen. Ich habe dem Sprecher Franz Neubauer und einigen führenden sudetendeutschen Persönlichkeiten berichtet und in der „Sudetendeutschen Zeitung“ darüber geschrieben. Ich habe damals gehofft, daß doch eine Brücke zwischen beiden Seiten entsteht, was sich aber trotz einigen Hin und Her nicht realisiert hat. Ich kann mich aber an etwas aus meinen damaligen Äußerungen erinnern, womit ich jetzt schließen werde: „Wir verlangen von den Tschechen keinen Kniefall und wir machen selbst keinen Kniefall.“

Die Probleme werden mit Ehrlichkeit, dem Willen zur Wahrheit und Gerechtigkeit und dem Willen zu Frieden und Vergebung gelöst. Alles andere halte ich für schleimige Vorleistungen, die wir auch den Tschechen nicht abverlangen. Dr. Rudolf Hilf, D-München

## Kein Bären dienst

Zum Leserbrief von Herrn Lothar Riedl, Graz, in der „Sudetendenpost“ vom 21. Februar 2002, erlaube ich mir, folgendes festzustellen: Als Nachkomme von vertriebenen Sudetendeutschen bin ich stolz auf meine österreichische Heimat. Ich freue mich jedoch nicht auf ein angeblich den moralischen Werten verpflichtetes Europa der Kommissare und Brüsselokraten.

Ich kann nicht freundlich lächeln, wenn sogenannte Vertreter von „moralischen Werten“ ihre abgehobenen Meinungen von „Ja zu Atomstrom“, „Ja zu schrottreifen AKWs“, „Ja zu den verbrecherischen Beneš-Dekreten“ diktatorisch durchzusetzen versuchen.

Ich persönlich kann solange eine Tschechische Republik mit ihren Mörderdekreten nicht

willkommen heißen, solange zwei Drittel der Bevölkerung und die tschechischen Regierungsverantwortlichen den Genozid an den vertriebenen Altösterreichern (Sudetendeutschen) nach wie vor gutheißen.

Ich stehe denjenigen äußerst skeptisch gegenüber, die seit über vierzig Jahren den berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen bisher nur leere Worthülsen bei Feiern, bei Festen und Veranstaltungen entgegenbrachten.

Ich stehe jenem Europa positiv gegenüber, das den Menschen die freie Entscheidung ermöglicht, in einem Europa von freien Völkern, Volksgruppen, der Vaterländer und Regionen zu leben.

Ich stehe jenen tschechischen Bürgern positiv gegenüber, die einsehen, daß ein Teil der Beneš-Dekrete Unrechtsdekrete sind und die verstehen, daß ihre Nachbarn nicht mit atomaren Schrottreaktoren bedroht werden möchten.

Ich stehe jenen Politikern positiv gegenüber, die gegen den Mainstream schwimmen und auch in schweren Zeiten ihre Meinung gegen den print- und elektronisch propagierenden Zeitgeist sowie des politischen Kasten- und Lagerdenkens äußern.

Darum finde ich es richtig, dem Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider das Feld zu überlassen, gerade dann, wenn es ein Feld gewesen ist, mit dem sich andere angepaßte Politiker nicht allzu gerne beschäftigen wollten.

Faktum ist: Die berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen wurden jetzt landauf, landab, von Wien über Brüssel bis Prag, zum Thema. Darum finde ich nicht, daß Jörg Haider ungerechtfertigten Zulauf erhält und bin nicht der Meinung, daß er den Vertriebenen einen Bären dienst erwiesen hat.

Robert Hauer, Linz

## Entschuldigung

„Sudetendeutsche bitten um Vergebung – Prag von Entschuldigung der Sudetendeutschen ungerührt.“ – Die Schlagzeilen aus der „Welt“ vom 26. und 27. März – ähnlich auch in vielen bundesdeutschen und österreichischen Tageszeitungen – illustrieren die neueste Entwicklung in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Hintergrund war eine Diskussion im tschechischen Fernsehen mit dem SL-Bundesvorsitzenden Bernd Posselt, MdEP, der nach der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft für die Verbandsarbeit zuständig ist, aber nicht für die politische Vertretung, die dem Sprecher der Volksgruppe obliegt. Posselt meinte, sich für Schandtaten, an denen sich auch Sudetendeutsche beteiligten, als Vorsitzender der Sudetendeutschen entschuldigen zu müssen. Demgegenüber hatte im Jahre 1963 der damalige Sprecher, Hans-Christoph Seeböhm, das tschechische Volk als Sudetendeutscher um Verzeihung gebeten, „wiewohl wir Sudetendeutsche an der Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren im Jahre 1939 und der während seines Bestandes am tschechischen Volk begangenen Verbrechen völlig unschuldig sind“. Posselts Äußerungen sorgten für erhebliche Unruhe und Proteste in den Reihen der Landsmannschaft.

Seit Wochen erfährt die Sudetendeutsche Frage eine Publizität, die die gleichartigen Zielsetzungen der ostdeutschen Landsmannschaften vorerst in den Hintergrund drängt. Dankenswerterweise sekundieren trotzdem Ostpreußen-Sprecher Wilhelm v. Gottberg oder BbV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB, den Sudetendeutschen. Die Haßtiraden aus Prag, die das Völkerrechtsverbrechen eines Genozids mit dem Mantel von Landesverrat und der Gnade einer Vertreibung zudecken wollen, gehen alle Deutschen an.

Roland Schnürch, D-Düsseldorf

**Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.**